industrie aktuell

3
2025

Industrieforum
Hohe Energiekosten: Risiken für Produktion, Arbeitsplätze und Investitionen

Industriepolitik
Exportunternehmen sind das Herz der heimischen Wirtschaft

Industriekonjunktur aktuell
F&E in der Industrie: Wachstum, Wirkung, Wettbewerbsfähigkeit

WKO DIE INDUSTRIE
INDUSTRIE WISSENSCHAFTLICHES INSTITUT
iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 66 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzwerdungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.

Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium
Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER, Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy Holding GmbH

Geschäftsführer
Mag. Andreas MÖRK

Industriewissenschaftliches Institut
Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand
Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER, Wirtschaftsuniversität Wien
Mag. Jochen DANNINGER, Wirtschaftskammer Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-STRAUß, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Mag. Stefan EHRLICH-ADÀM, GF EVVA
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
Dr. Erhard FÜRST,
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD, Münze Österreich
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich, Kassier des IWI
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,

Kuratorium
Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit Schmid-Schmidsfelden, Innerio Group GmbH,

Geschäftsführer
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter
Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčik

Industriellenvereinigung
Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium
Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF, Geschäftsführer Boehringer Ingelheim RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER, Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung
Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY

editorial

Sigi Menz
Globale Wettbewerbsfähigkeit unter dem Einfluß von Energie- und Arbeitskosten 4

forum

Hohe Energiepreise: Risiken für Produktion, Arbeitsplätze und Investitionen 6

Interview:
„Energiekosten entscheiden über Wettbewerbsfähigkeit“
Johannes Benigni, Energieexperte und Geschäftsführer JBC Vienna 10

politik

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Strompreiskompensation 14

Wachstumsaussichten in Österreich sind auch mittelfristig verhalten 16

Innovationen schaffen Wachstum und neue Jobs 18

Interview:
„Innovation ist immer die richtige Maßnahme“
Dr. Brigitte Tauber, Bereichsleiterin Basisprogramme in der FFG 20

Exportunternehmen sind das Herz der heimischen Wirtschaft 22

Neue Serie: Chancenmarkt Afrika: Neue Impulse auf einem dynamischen Kontinent 24

konjunktur

Kommentar zur internationalen Konjunkturentwicklung
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

F&E in der Industrie: Wachstum, Wirkung, Wettbewerbsfähigkeit
Mag. Andreas Mörk 32

konjunktur nach branchen

Branchenübersicht 34
Gesamtindustrie 35
Bergwerke und Stahl 35
Stein- und keramische Industrie 36
Glasindustrie 36
Chemische Industrie 37
Papierindustrie 37
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton 38
Bauindustrie 38
Holzindustrie 39
Lebensmittelindustrie 39
Textil-, Bekleidungs-, Schuh & Lederindustrie 40
NE-Metallindustrie 40
Metalltechnische Industrie 41
Fahrzeugindustrie 41
Elektro- und Elektronikindustrie 42
Offenlegung, Impressum 42

inhalt

Fotos: beigestellt

Globale Wettbewerbsfähigkeit unter dem Einfluss von Energie- und Arbeitskosten

Die Energiepreisentwicklung der letzten Jahre hat die österreichische Industrie vor große Herausforderungen gestellt. Der Kostendruck im Energiebereich wird auch künftig sehr hoch bleiben. Zu steigenden Energierechnungen kommen Lohn- und Gehaltsforderungen hinzu, die sich an den hohen Inflationsraten orientieren, und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie massiv schwächen.

Autor: Mag. Sigi Menz

Die Industrie ist naturgemäß von steigenden Energiekosten in besonderer Weise betroffen, da industrielle Produktion im Regelfall überdurchschnittlich energieintensiv ist – und dies nicht nur in den sogenannten „energieintensiven" Industriebranchen. Dadurch sind Preisschocks und Verknappungen beim Energieangebot für die gesamte Industrie eine erhebliche Belastung. Zudem hat die österreichische Industrie einen komparativen Vorteil verloren, der in der Verfügbarkeit des vergleichsweisen umweltfreundlichen Energieträgers „Erdgas" zu relativ günstigen und vor allem stabilen Konditionen bestanden hat.

Mag. Sigi Menz, Obmann der Sparte Industrie und Aufsichtsrat der Ottakringer Getränke AG

Steigende Energiekosten und der Verlust von Standortvorteilen – die gute Netzanbindung an leistungsfähige Erdgasproduzenten – wären grundsätzlich schon Herausforderung genug, sind aber nur ein Teil des Problems: Die Energiepreissteigerungen haben zu den höchsten Inflationsraten seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Eingeübte Mechanismen, um mit einer solchen Situation fertigzuwerden, waren nicht vorhanden. Die Vorstöße der Industrie, nur die Kerninflation für die Bemessung der Lohn- und Gehaltserhöhungen heranzuziehen, wurden von den Gewerkschaften abgeblockt. Da der Staat durch großzügige Maßnahmen des Inflationsausgleiches und einer vollen Berücksichtigung der Inflationsentwicklung bei der Verhandlung der Beamtengehälter und bei der Erhöhung der Pensionen mit sehr schlechtem Beispiel vorangegangen ist, waren die hohen Kollektivvertragsabschlüsse der letzten Jahre nicht zu vermeiden.

Die Löhne in Österreich sind deutlich stärker gestiegen als in vergleichbaren Ländern und vor allem auch bei wichtigen Handelspartnern, während die Produktivitätsentwicklung hinterherhinkt. Infolgedessen sind die Lohnstückkosten in Österreich seit dem Jahr 2015 um 39,5 % angestiegen – ein Zuwachs, der deutlich über dem EU-Durchschnitt von 26,6 % liegt. Im Vergleich zum Haupthandelspartner Deutschland, wo die Lohnstückkosten pro Arbeitsstunde um acht Prozentpunkte weniger gestiegen sind, verliert Österreich zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit.

Auch hier ist wiederum die Industrie besonders betroffen: Die Industrie ist der Hauptträger der österreichischen Exporttätigkeit und steht daher auf internationalen Märkten unter starkem Konkurrenzdruck. Eine Überwälzung der höheren Personalkosten auf die Geschäftspartner bzw. Konsumenten ist in den meisten Fällen nicht möglich.

Ein kleiner Lichtblick ist, dass - wie die Ergebnisse der Frühjahrslohnrunde insgesamt gezeigt haben

Foto: IV/Alexander Müller

- bei den Lohnverhandlungen zuletzt eine größere Bereitschaft als in den letzten Jahren vorhanden war, die Forderungen und Erwartungen den Marktrealitäten etwas anzupassen. Dieser Kurs muss unbedingt beibehalten werden und sollte von politischer Seite insbesondere durch große Zurückhaltung bei der Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Bereich und bei Pensionsanpassungen unterstützt werden.

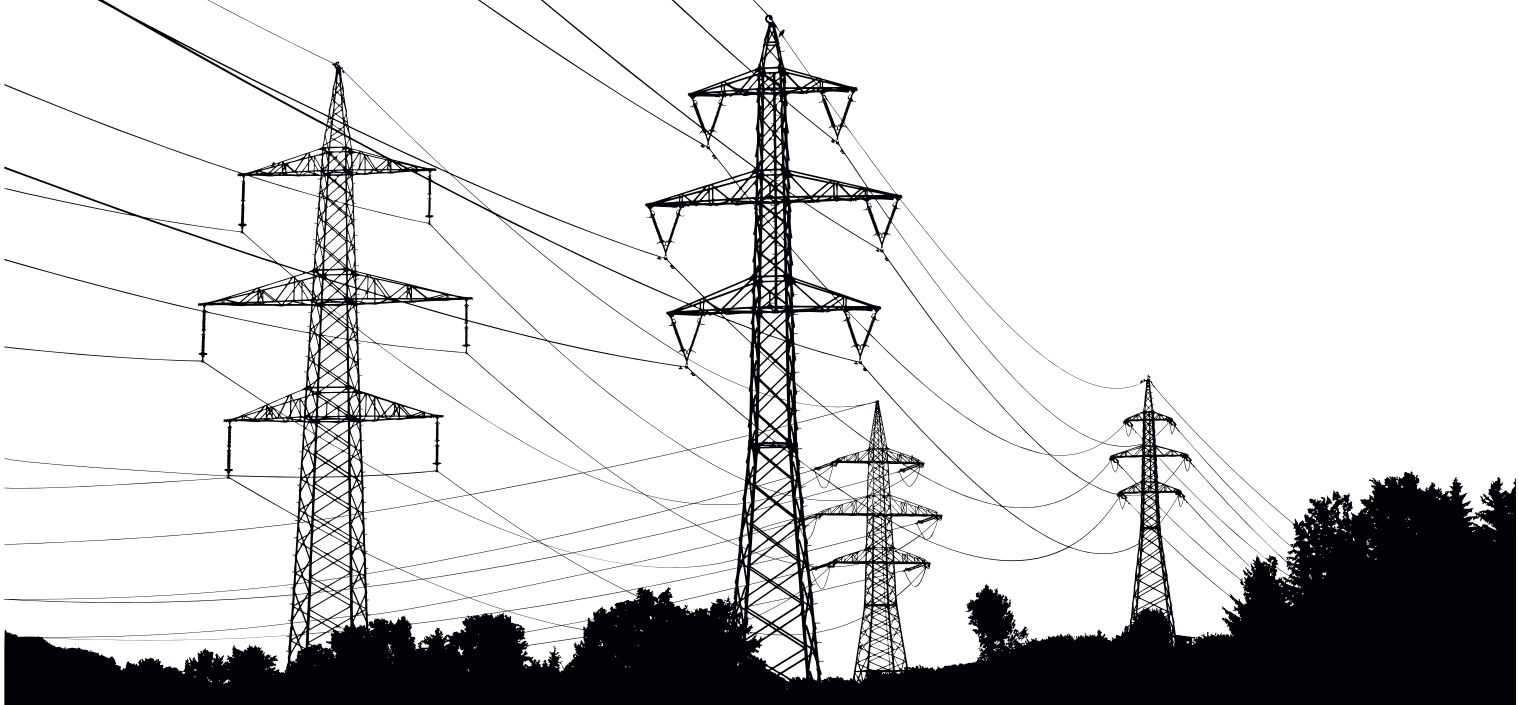
Ganz entscheidend ist aber auch die Umsetzung der von der Industrie vehement geforderten Senkung der Lohnnebenkosten: Eine Reduktion der Lohnnebenkosten der Dienstgeber wäre gegenwärtig ein wesentlicher Beitrag, die überschießende Lohnentwicklung der letzten Jahre abzufedern. Die Industrie in Österreich fordert eine Absenkung der Lohnnebenkosten der Dienstgeber um fünf Prozentpunkte, um vom derzeitigen Niveau (29,3 % des Bruttolohns) auf das Niveau des Haupthandelspartners Deutschland zu gelangen. Ein solcher Schritt würde insbesondere die Änderung der Finanzierung des – völlig sachfremd von den Dienstgebern getragenen - Familienlasten-Ausgleichsfonds (FLAF) notwendig machen, zudem geringe Senkungen in anderen Bereichen (z.B. beim Wohnbauförderungsbeitrag, bei der Unfallversicherung).

Die Senkung der Lohnnebenkosten muss rasch und deutlich erfolgen, um die gesamtwirtschaftlichen Kosten durch den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit – sinkende Wertschöpfung, Beschäftigungsabbau, Steuerausfälle – einzudämmen.

Abgesehen von der Zurückhaltung bei den laufenden Lohnforderungen und einem raschen, großen Entlastungsschritt bei den Lohnnebenkosten als Kompensation der nicht durch Produktivitätsfortschritte gedeckten Kollektivvertragserhöhungen der letzten Jahre ist aus Sicht der Industrie eine grundsätzliche Diskussion über eine tragfähige Verteilung volkswirtschaftlicher Kosten wünschenswert: Die Transformation des Energiesystems in Europa von (primär) fossilen auf (weitestgehend) erneuerbare Energieträger wird nämlich diese Frage unweigerlich in den Mittelpunkt stellen. Industrieökonomen haben mit gutem Grund darauf verwiesen, dass die notwendig hohen Investitionsvolumina im Zuge der Energiewende zu einer dauerhaften Beschleunigung der Inflation führen wird: Nicht im Ausmaß der letzten Jahre, aber doch jenseits der in den ersten beiden Jahrzehnten des Euro erfahrenen Höhen. Die Industrie wird nicht sowohl eine historisch einmalige Transformation durch ihre Investitionstätigkeit vorantreiben können, als auch die in der Übergangsphase durch Anlaufkosten, Knappheit und Verwerfungen beschleunigte Inflation durch entsprechende Lohnerhöhungen ausgleichen können.

Wenn die Industrie nicht durch Produktivitätsgewinne „verdiente" Lohnerhöhungen zulässt, dann steigt die Lohnquote und – spiegelbildlich – fällt die Gewinnquote. Eine fallende Gewinnquote erschwert Unternehmen Investitionen, gerade in einer Zeit, da diese von besonderer Bedeutung und für eine gelungene Energiewende geradezu essentiell sind. Vor dem Hintergrund ohnedies ungelöster Fragen im Zusammenhang mit dem europäischen CO_2-Grenzausgleichssystem – insbesondere für Exporteure und im Wettbewerb um den EU-Markt – ergibt sich daraus die sehr reale Gefahr, dass jene Unternehmen, die über eine entsprechende Wahlmöglichkeit verfügen, die Belieferung der Märkte durch entsprechende Investitionen in außereuropäische Standorte ermöglichen und somit die europäischen Standorte schwächen.

Wenn man somit ein wenig über das Tagesgeschehen hinausdenkt – und Unternehmen müssen dies tun, da ihre Investitionen zumindest mittelfristig, mitunter auch langfristig ein Bekenntnis zu einem Standort bedeuten –, zeigt sich ein Bündel an offenen Fragen und echten Problemstellungen im Grenzbereich zwischen Energie- und Arbeitskosten. Diese Fragen berühren letztlich immer dasselbe Thema, nämlich wer die Kosten disruptiver Entwicklungen letztlich Schultern soll. Aus Sicht der Industrie bedarf dieses Thema einer umfassenden politischen und gesellschaftlichen Diskussion, um soziale Spannungen und Auseinandersetzungen rechtzeitig zu entschärfen.



Hohe Energiekosten: Risiken für Produktion, Arbeitsplätze und Investitionen

Die stark gestiegenen Energiekosten gefährden den Standort Österreich. Für die Industrie braucht es rasche Entlastungen sowie mittel- und langfristige Perspektiven.

Es war ein Szenario, das sich bis dahin niemand vorstellen wollte. Als Russland die Ukraine überfiel, wurde schlagartig und schmerzhaft deutlich, wie sehr Österreich in der Vergangenheit von russischem Gas abhängig war. Seit Beginn der Lieferungen im Jahr 1968 war Russland der bedeutendste Lieferant von Erdgas für Österreich. Die Umbrüche ab dem Jahr 2022 ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine trafen die heimische Industrie schwer. Die Gaspreise stiegen schlagartig an, was vor allem für die energieintensive Industrie bittere Folgen hatte. Mit Ende des Jahres 2024 wurde der Transit von russischem Erdgas via Ukraine schließlich ganz eingestellt.

Im Mittel der Jahre 2019 bis 2022 beliefen sich die Energiekosten für die österreichische Industrie insgesamt auf rund zwei Prozent des Umsatzes. Dies entspricht 2019 bis 2021 einem Wert von vier bis fünf Mrd. Euro. Im Jahr 2022 stiegen die Kosten krisenbedingt auf rund acht Mrd. Euro an. Die Stromkosten machen insgesamt gute 40 Prozent dieser gesamten Energiekosten aus. Im Vergleich zum Jahr 2019 haben sich diese für die Industrie bis 2022 fast verdoppelt. Besonders signifikante Anstiege von über 100 Prozent wurden in Branchen wie Gummi/Kunststoff, Mineralien und Kraftwagen verzeichnet.

USA und China deutlich günstiger

Gerade die Strompreise stellen einen entscheidenden Faktor für die österreichische und europäische Industrie dar und können die Wettbewerbsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen stark negativ beeinflussen. Die erheblichen Kostensteigerungen der letzten Jahre im Bereich der Energie können nur eingeschränkt durch Kosteneinsparungen kompensiert werden. Sie schlagen sich also auf die Preise der erzeugten Produkte nieder. Dazu Helmut Kaufmann, Vorstandsvorsitzender der AMAG: „Die Auslastung konnte bislang auf einem stabilen Niveau gehalten werden, aber Ergebniseinbußen aufgrund von erhöhten Personal- und Energiekosten sowie den US-Zöllen können unmöglich kurzfristig kompensiert werden." Er fordert daher, dass die österreichischen Standortbedingungen umgehend verbessert werden. Und mit dieser Forderung ist er nicht alleine.

Foto: Pixabay

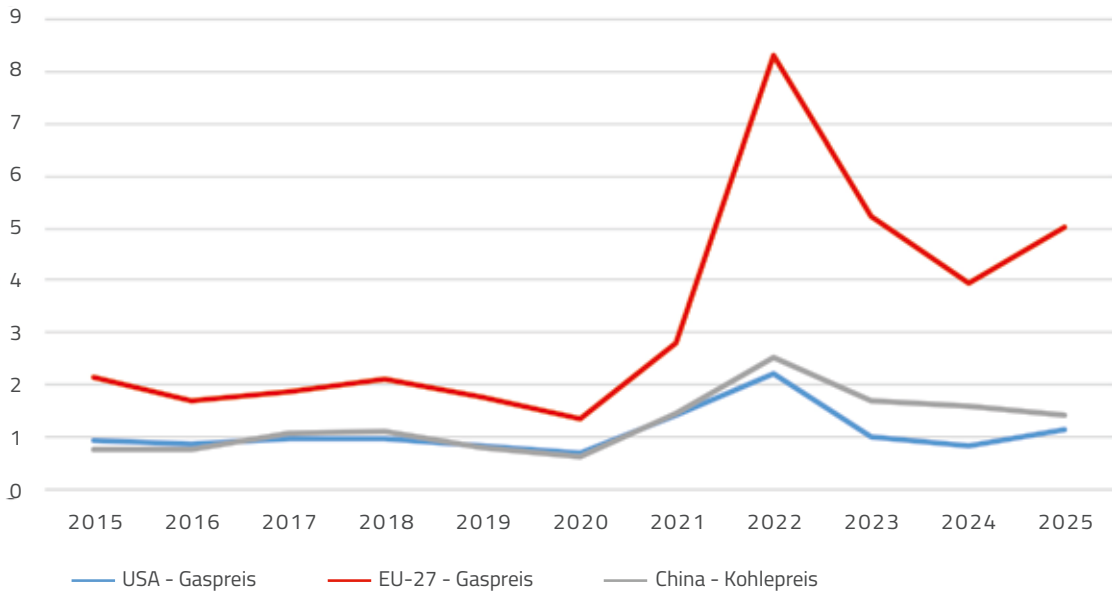
In den vergangenen Jahren hat dieser deutliche Anstieg der Strompreise viele Branchen stark unter Druck gebracht. Auf den Weltmärkten sank die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen, da die europäischen Energiepreise deutlich über die der USA und Chinas stiegen. Bis 2020 lagen die Strompreise in der EU, den USA und China auf einem sehr ähnlichen Niveau, entwickelten sich in den letzten Jahren aber deutlich auseinander. Bis zum Krieg in der Ukraine und dem Anstieg der für die Stromerzeugung relevanten Gaspreise lagen die Strompreise in Europa nur rund zehn Prozent über jenen der USA. In China waren sie vor 2021 sogar leicht höher als in der EU.

Während die Strompreise in Europa ab 2021 sprunghaft anstiegen, blieben sie in den USA und China weitgehend stabil. Auslöser dieses Preisanstiegs in Europa war insbesondere die starke Preisbindung an fossiles Importgas, das durch Sanktionen und volatile Märkte plötzlich knapp und teuer wurde. Die Tatsache, dass Europa für einen relevanten Teil seiner Stromerzeugung auf importiertes Erdgas angewiesen ist, stellt daher einen großen kostentreibenden Faktor dar. Anders die Entwicklung in Ländern wie den USA, mit hoher Eigenförderung, oder China, mit zentral regulierten Preisen. Hier schlugen diese Effekte deutlich weniger durch. In Folge entstanden Wettbewerbsverzerrungen, die für standortgebundene Industrieunternehmen in Europa zunehmend problematisch werden. Abwanderungen von Unternehmen könnten die unausweichliche Folge sein.

Unternehmen unter Druck

Betrachtet man Österreich und die europäischen Nachbarländer, so liegen die Industriestrompreise etwa auf dem Niveau der Nachbarländer. Innerhalb der EU liegen sie laut einer vom Branchenverband Österreichs Energie in Auftrag gegebenen Studie leicht über dem Durchschnitt bzw. im Mittelfeld. Bei Unternehmen mit mittlerem Jahresverbrauch (0,5 bis 2 GWh) liegt Österreich mit durchschnittlich 19,9 Cent pro kWh auf Rang 19 von 27 EU-Staaten. Bei Unternehmen mit hohem Jahresverbrauch (70 bis 150 GWh) mit 13,3 Cent pro kWh auf Rang 14. Die Preise

Gas- und Kohlepreise für verschiedene Ländergruppen
Preis 2015 bis 2025, in Euro ct./kWh



Quelle: EIA, eigene Darstellung von Prognos

Für die AMAG ist es unmöglich, Einbußen aufgrund von Energiekosten zu kompensieren.

in Skandinavien, Spanien und Frankreich liegen unter denen in Österreich. In Deutschland, Polen und Tschechien zahlen die Industriekunden im Schnitt mehr. In Österreich lag der durchschnittliche Preis für industrielle Verbraucher jedoch deutlich über den Werten in den USA und China.

Durch die Transformation der Industrie inklusive umfassender Elektrifizierung ist ein weiterer Anstieg der Stromkosten in nahezu allen Branchen zu erwarten.

Stromverbrauch wird steigen

Für die Industrieunternehmen ist es zukünftig notwendig im Rahmen der Transformation hin zu einem klimaneutralen Energiesystem ihre Energieversorgung anzupassen und ihre Treibhausgasemissionen mittel- und langfristig zu reduzieren, um ihre Produktionsprozesse klimaneutral zu gestalten. Durch diese notwendige Transformation der Industrie inklusive umfassender Elektrifizierung ist ein weiterer Anstieg der Stromkosten in nahezu allen Branchen zu erwarten. Der Stromkostenanteil ist derzeit für viele Branchen zwar gering, wird aber durch die Elektrifizierung zunehmend ein Standortfaktor – vor allem in der energieintensiven Industrie. Je stärker Industriezweige mittels Elektrifizierung dekarbonisieren, desto entscheidender wird für sie ein zuverlässiges und wettbewerbsfähiges Strompreisniveau. Darum werden konkrete Maßnahmen zur Entlastung der Unternehmen und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gefordert. Das Ziel sollte es sein, jene Branchen treffsicher zu entlasten, die aufgrund ihres hohen Energiekostenanteils in ihrer internationalen Wettbewerbssituation eingeschränkt werden.

Strompreiskostenausgleich

Erste Erleichterungen soll der vom Wirtschaftsministerium angekündigte Strompreiskostenausgleich von insgesamt 150 Millionen bringen. Die energieintensive Industrie in Österreich soll für 2025 und 2026 wieder einen Strombonus erhalten. Im Budget vorgesehen sind dafür jeweils 75 Millionen Euro. Zuletzt gab es diesen Strompreiskostenausgleich im Jahr 2022. Damals wurden 185 Millionen Euro an 44 Unternehmen ausgezahlt. „Mit dem Industriestrom-Bonus entlasten wir gezielt jene Betriebe, die durch hohe Energiepreise besonders unter Druck stehen", betonte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer bei der Präsentation. Ohne Ausgleich drohe eine Abwanderung in Länder mit geringeren Umweltauflagen, ist sich Hattmannsdorfer bewusst.

„Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt zum Entschärfen der Standortnachteile der österreichischen Industrie im harten europäischen und

Foto: voestalpine, AMAG AG

globalen Wettbewerb", so Sigi Menz, Obmann der Bundessparte Industrie in der WKO. Die Strompreiskompensation sei auch deshalb notwendig, weil die Strompreise für Industrieunternehmen in Österreich durch den CO_2-Preis stark gestiegen sind. „Damit zahlt die energieintensive Industrie doppelt – nämlich für CO_2 und für teuren Strom. Das bedeutet nach wie vor einen Standortnachteil. Der Strompreisausgleich stellt daher auch eine standortsichernde Maßnahme dar", so Menz.

Für die voestalpine ist die Strompreiskompensation ein wichtiger Faktor für Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen.

Wichtig ist den Unternehmen der Industrie vor allem die Planbarkeit, wie voestalpine-CEO Herbert Eibensteiner betont: „Für Unternehmen wie die voestalpine ist die Strompreiskompensation ein wichtiger Faktor für Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen, damit wir auch künftig unsere insgesamt 23.600 Arbeitsplätze in Österreich absichern können. Wir erbringen unsere Leistungen für Österreich, wir schaffen etwa jährlich einen Produktionswert von 21,5 Mrd. EUR und leisten direkt und indirekt insgesamt 2,4 Mrd. EUR an Steuern und Sozialbeiträgen in Österreich pro Jahr. Wir sind einer der kraftvollsten Wirtschaftsmotoren des Landes. Dafür möchten wir im Gegenzug darauf vertrauen können, dass die Politik zukunftstaugliche Rahmenbedingungen für unsere Wettbewerbsfähigkeit sichert."

Neues Elektrizitätswirtschaftsgesetz

„Energie ist ein zentraler Standortfaktor. Wenn wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern wollen, brauchen wir ein Stromsystem, das verlässlich, leistbar und effizient ist und nicht eines, das zusätzliche Kosten und Bürokratie schafft", betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Das neue Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG) sieht die Industrie als Chance, den heimischen Strommarkt zukunftsfähig, kosteneffizient und wettbewerbsorientiert aufzustellen. Angesichts hoher Energiepreise und einer angespannten Wirtschaftslage müsse das Gesetz konsequent auf Versorgungssicherheit, Effizienz und Verursachergerechtigkeit ausgerichtet werden. „Wir haben in Österreich eine energieintensive Industrie, die im internationalen Wettbewerb steht und ohnehin unter den hohen Standortkosten leidet. Jeder zusätzliche Cent bei den Stromkosten schwächt unseren Standort. Das neue ElWG muss daher gezielt Effizienzpotenziale heben und Fehlentwicklungen der Vergangenheit korrigieren. Nur so können wir Wohlstand und Arbeitsplätze langfristig sichern", so Neumayer.

„Mit dem Industriestrom-Bonus entlasten wir gezielt jene Betriebe, die durch hohe Energiepreise besonders unter Druck stehen."
Wolfgang Hattmannsdorfer, Wirtschaftsminister

Autorin: Herta Scheidinger

Hohe Energiekosten belasten Österreichs Industrie massiv – Energieexperte Johannes Benigni fordert realistische Strategien für Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.

Johannes Benigni, Energieexperte und Geschäftsführer von JBC Vienna, spricht im Interview über die Folgen hoher Energiepreise, die Abhängigkeit Europas von Importen und die Perspektiven für die Industrie.

„Energiepreise entscheiden über Wettbewerbsfähigkeit“

Steigende Energiepreise, geopolitische Abhängigkeiten und ambitionierte Klimaziele stellen Wirtschaft und Politik in Europa vor enorme Herausforderungen. Während andere Weltregionen auf günstige Energieimporte setzen, wird in der EU die Versorgungssicherheit oft nachrangig behandelt. Im Gespräch erläutert Johannes Benigni, Energieexperte und Geschäftsführer von JBC Vienna, der internationale Konzerne ebenso wie Regierungen berät, wie Österreich und Europa mit dieser Situation umgehen sollten, welche Rolle Gas und LNG künftig spielen und warum eine realistische Energie- und Handelspolitik entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ist.

Sie sprechen häufig von Energiearmut und einer weltweit steigenden Nachfrage. Warum ist das für die europäische Industrie relevant – und wie sollte sich Österreich hier positionieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben?

Johannes Benigni: Europa tritt in seiner Energiepolitik oft überheblich auf, könnte aber von Asien viel lernen. Dort gilt günstige Energie als Schlüssel zu Mobilität und Wohlstand und wird bewusst subventioniert. Europa ist hingegen als großer Importeur gefordert, seine Abhängigkeiten besser zu verstehen. Denn: Energiepreise entscheiden über Wettbewerbsfähigkeit. Österreich sollte seine Interessen klar vertreten und eine aktivere, eigenständige Energie- und Handelspolitik verfolgen, um die Versorgungssicherheit langfristig zu sichern.

Die Energiepolitik der vergangenen Jahre war von Umbrüchen geprägt. Wie beurteilen Sie die Entscheidungsprozesse in der EU und in Österreich, gerade mit Blick auf Versorgungssicherheit und Planbarkeit für Unternehmen?

Die energiepolitischen Entscheidungen wurden in den letzten Jahren vor allem von der EU-Führung geprägt – häufig ideologisch motiviert. Für die EU als großen Importeur bedeutet das steigende Kosten. Industrieunternehmen brauchen jedoch Planungssicherheit für Investitionen, auch bei klimabedingten Maßnahmen – sonst werden Vorhaben aufgeschoben. Versorgungssicherheit wird dabei oft nachrangig behandelt. Manche Entschei-

Foto: Narbnert Novak

dungen der EU haben wenig Wirkung gezeigt, aber Österreichs Energiekosten massiv erhöht, Inflation ausgelöst und die Industrie belastet. Österreich sollte daher wieder stärker eigene Interessen vertreten.

Nationale Alleingänge und europäische Koordination stehen oft im Widerspruch. Ist die EU gut aufgestellt, oder was müsste auf europäischer Ebene passieren, damit energiepolitische Ziele und industrielle Bedürfnisse besser zusammenfinden?

Energie ist eigentlich eine nationale Kompetenz, doch die EU hat mit Vorgaben zu Klimazielen und Sanktionen die Spielräume der Mitgliedstaaten stark eingeschränkt. In Großmächten wie den USA, China oder Indien gehört es dagegen selbstverständlich zur Politik, für günstige Energiepreise zu sorgen. Die EU-Führung unterschätzt oft ihre Importabhängigkeit und wie entscheidend der Energiepreis für die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Industriebetriebe in sensiblen Branchen ist.

Welche Rolle spielt Erdgas heute und mittelfristig in der europäischen Energieversorgung – und was bedeutet das für die österreichische Industrie?

Erdgas wird auf absehbare Zeit der speicherbare Energieträger in der EU bleiben, der für Prozessenergie in der Industrie mit hohen Verbrennungstemperaturen schwer zu ersetzen ist bzw. in Zeiten der Dunkelflaute auch zur Verstromung dient. Es wird erwartet, dass die Gasnachfrage zwar zurückgehen wird, weil Erneuerbare einen größeren Anteil an der Stromgewinnung übernehmen, aber bereits beim Ersatz beispielsweise der Gasthermen wird die Umstellung länger als erwartet dauern. Ein kompletter Ausstieg aus Erdgas wäre nur durch den Einsatz von Wasserstoff im Bereich der Prozesswärme und möglicherweise im Kraftwerksbereich zur Verstromung möglich. Dies würde aber zu einer deutlichen Energiekostensteigerung führen und sollte nur im internationalen Gleichschritt und im Rahmen eines professionellen Energy Transition Managements erfolgen. Österreichs Industrie wird dies ohne Fördermittel nicht allein stemmen können und wird hierzu mehr Zeit benötigen.

Wie kann Europa oder Österreich seine Gasimporte besser absichern?

Ich propagiere schon seit längerem eine Drittelstrategie, da die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten eher problematisch ist. Kein Versorger sollte mehr als ein Drittel seiner Bezugsmengen von einer Quelle beziehen. Das kann man auch auf die Versorgungsrouten ausweiten. Fällt ein Lieferant aus – sei es durch politische Entscheidungen oder Lieferprobleme –, lässt sich ein Drittel des Portfolios leichter ersetzen. Die Drittelstrategie wird aber nicht freiwillig umgesetzt werden, da Versorger im Wettbewerb die günstigsten Angebote bevorzugen. Deshalb braucht es klare Vorgaben durch den Bund und die Länder als Eigentümer.

Die europäischen Gasflüsse haben sich 2025 grundlegend verändert, Turkstream ist die letzte aktive Russland-Pipeline. Welche Auswirkungen spüren Sie bereits – und wie sollte die Industrie strategisch darauf reagieren?

Durch den Wegfall der Gasversorgung über die Ukraine kam es am österreichischen Gashub CEGH bereits zu einem Aufschlag gegenüber dem niederländischen Gashub TTF. Dabei ist es, bezogen auf den Preis, unerheblich, ob österreichische Unternehmen russisches Gas kaufen. Allerdings wird sich

„Energie ist eigentlich eine nationale Kompetenz, doch die EU hat mit Vorgaben zu Klimazielen und Sanktionen die Spielräume der Mitgliedstaaten stark eingeschränkt."

bei ausreichenden Gasflüssen nach Baumgarten dieser Aufschlag verringern. Sollten auch die Mengen aus der Turkstream-Pipeline wegfallen, müssten Nachbarländer alternativ versorgt werden – mit steigenden Preisen als Folge. Sobald der Ukraine-Krieg beendet ist, sollte Österreich darauf drängen,

Für Benigni bleibt Gas für Österreichs Industrie auf absehbare Zeit unverzichtbar – ein Ausstieg wäre nur mit massiven Förderungen denkbar.

den Gasfluss über die Ukraine rasch wiederherzustellen, um die Preise zu senken.

Viele europäische Initiativen zielen auf eine rasche Dekarbonisierung. Wo sehen Sie die größten Chancen – und welche Herausforderungen bleiben speziell für energieintensive Unternehmen?

Wenn wir bei Dekarbonisierungstechnologien eine Führungsrolle einnehmen, kann das im globalen Wettbewerb entscheidend sein – vorausgesetzt, wir nutzen diesen Vorsprung auch. Dafür müsste die EU bestehende und neue Schlüsseltechnologien gezielt fördern und international schützen. Das bringt der Industrie mehr, als weiter den Ankauf von Photovoltaikanlagen oder Windrädern zu subventionieren. Bis dahin droht allerdings eine Abwanderung energieintensiver Betriebe in Länder mit einem weniger strengen CO_2-Regime.

Viele Produktionsprozesse lassen sich nicht kurzfristig auf Strom oder grüne Gase umstellen. Welche Übergangslösungen halten Sie für die Industrie derzeit für realistisch?

Auch ein Umstieg von Erdgas auf Wasserstoff ist sorgfältig zu prüfen, da sich die Energiekosten wohl vervielfachen würden. Derzeit ist unklar, wann dieser Schritt sinnvoll wäre, ob Wasserstoff zuverlässig verfügbar sein wird und zu welchem Preis. Ohne einen nationalen Energy Transition Plan wird nicht investiert – der Industrie bleibt Gas damit vorerst als Übergangslösung.

Welche Schritte sollte die Politik jetzt setzen?

Die Politik sollte regelmäßig die wirtschaftliche Lage prüfen und die Rahmenbedingungen anpassen. Österreich hat sich für 2040 Klimaneutralität vorgenommen – deutlich früher als viele andere Länder. Es stellt sich die Frage, ob der Nutzen einer so frühen Umsetzung den Aufwand rechtfertigt. In den USA wird CO_2 nicht mehr als Schadstoff eingestuft, Klimaziele werden dort neu bewertet. Auch internationale Finanzakteure sind aus der Net Zero Banking Allianz ausgestiegen, wodurch Investitionen in Klimaprojekte an Attraktivität verlieren. In Europa werden Förderungen gekürzt und Projekte neu bewertet. In diesem Umfeld braucht die Industrie Orientierung – ein starres Festhalten an den bisherigen Zielen hilft Österreich nicht weiter.

Internationale Pläne für Wasserstoff- und erneuerbare Energieinfrastruktur – etwa aus Nordafrika – nehmen Fahrt auf. Welche Rolle könnten solche Projekte für die österreichische Industrie spielen?

Sollte Wasserstoff Erdgas künftig ersetzen, wird es notwendig sein, auch hier auf verschiedene Bezugsquellen zu setzen. Nordafrika ist mit seinen vielen Sonnenstunden prädestiniert für die Erzeugung von grünem Wasserstoff, doch auch hier gilt es, politische Risiken zu bedenken. Österreich möchte beim European Hydrogen Backbone-Korridor, bei dem Erdgasleitungen wasserstofftauglich gemacht werden, als Transitland eine Rolle spielen – von Nordafrika über Italien und Österreich nach Deutschland bzw. Ungarn und die Slowakei. In diverse Pipelines wird bereits investiert, teilweise mit EU-Geldern. Die meisten Projekte werden subventioniert und letztlich muss der Staat Garantien geben, um politische Risiken abzufedern.

Politische Entscheidungen zu Steuern, Netzentgelten und regulatorischen Vorgaben beeinflussen massiv die Energiekosten. Wo sehen Sie den dringendsten Handlungsbedarf für die aktuelle Bundesregierung?

Der Draghi-Bericht an die EU-Kommission vom vergangenen Jahr hat gezeigt, dass Europas Gaspreis um 345 Prozent und der Strompreis um 158 Prozent höher sind als in den USA. Wenn der Staat zusätzlich Steuern erhebt, drohen Betriebsschließungen und Jobverluste. Steuern kann man einheben, wenn Energie billig ist – nicht, wenn sie ohne-

Foto: Norbert Novak

hin schon teuer ist. Auch die Netzkosten ließen sich durch Strukturreformen wie eine gesamtösterreichische Netzlösung oder längere Abschreibedauern senken. Die Koalition muss hier ihre Hausaufgaben machen.

Die Merit-Order im Strommarkt steht in Krisenzeiten immer wieder in der Kritik. Sehen Sie Reformbedarf, um faire Preise für die Industrie sicherzustellen?

Bei der Merit Order setzt die teuerste Produktionseinheit, meist Gas, den Preis für die gesamte Stromproduktion. Spanien und Portugal haben 2022 gezeigt, wie es besser geht: Sie subventionierten nur die für die Stromproduktion nötigen Gasmengen und deckelten so den Strompreis. Damit wurde Strom günstiger und die hohen Folgekosten einer Inflation vermieden – dafür habe ich mich ebenfalls ausgesprochen. Die meisten österreichischen Stromproduzenten profitieren von der Wasserkraft, deren Margen durch die Merit Order geschützt werden. Aktuell zeigt sich ein Umbruch: Mit Milliarden wurden Photovoltaik- und Windkraftanlagen gefördert, teils ohne ausreichende Netzinfrastruktur. Gleichzeitig müssen Gaskraftwerke gestützt werden, da sie nur in Zeiten der Dunkelflaute einspringen. Das alles gehört neu bewertet – Subventionen sollten sich rechnen und der Ausbau der Erneuerbaren muss besser mit dem Netzausbau abgestimmt werden, ohne die Gesamtkosten weiter zu erhöhen.

Im aktuellen Zoll-Deal zwischen den USA und der EU hat die EU zugesagt, bis 2028 rund 750 Milliarden US-Dollar an US-Energie zu beziehen. Da die EU selbst nicht einkauft, sondern private Unternehmen, stellt sich die Frage: Wie realistisch sind diese politischen Zielwerte? Wie integriert man hier die Einkaufspolitik der privaten Unternehmen?

Zwischen dem dritten Quartal 2024 und dem zweiten Quartal 2025 haben die USA rund 63 Milliarden Kubikmeter Gas in die EU geliefert. Im gesamten Jahr 2024 beliefen sich die Energieimporte aus den USA auf etwa 76 Milliarden US-Dollar. Die mit den USA vereinbarten Zusagen von 250 Milliarden US-Dollar jährlich sind daher nicht realistisch: Die USA verfügen weder über die entsprechenden Exportmengen noch benötigt die EU in diesem Ausmaß US-Energie. Private Unternehmen lassen sich ihre Einkäufe nicht von Regierungen vorschreiben, sondern sind ihren Aktionären verpflichtet. Der Deal zeigt die Schwächen in der EU-Energiepolitik und untergräbt Vertrauen – es wirkt, als habe die EU-Führung in einem Wirtschaftskrieg mit den USA kapituliert.

Wenn Sie einen Wunschzettel an Politik und Industrie schreiben könnten: Welche Prioritäten und strategischen Weichenstellungen sind jetzt entscheidend, um Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern?

Ich wünsche mir, dass unsere Politiker die österreichischen Energieinteressen vertreten. Dafür braucht es eine aktive Energie- und Handelspolitik, eine rasche Abschaffung von Steuern beziehungsweise CO_2-Abgaben bei Strom und Gas, Investitionen in eine bessere Netzanbindung an Deutschland und Strukturreformen, die zu einer nachhaltigen Senkung der Netzgebühren führen. Zudem braucht es einen realistischen Zeitplan für eine pragmatische Klimapolitik im internationalen Gleichschritt und darauf aufbauend ein professionelles Energy Transition Management von Erdgas zu Wasserstoff – auch wenn Letzteres in den nächsten Jahren wenig realistisch scheint. Die Wettbewerbsfähigkeit darf nicht unter den hohen Energiepreisen leiden, und alle ökologischen Maßnahmen sollten wieder auch ökonomisch beurteilt werden.

„Subventionen sollten sich rechnen und der Ausbau der Erneuerbaren muss besser mit dem Netzausbau abgestimmt werden, ohne die Gesamtkosten weiter zu erhöhen."

Autor: Stephan Scoppetta

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Strompreiskompensation

Die österreichische Papier- und Zellstoffindustrie ist ein zentraler Wirtschaftszweig mit 23 Standorten, rund 8.000 Beschäftigten und einer Jahresproduktion von etwa 4 Millionen Tonnen Papier, Karton und Pappe.

Jeder Arbeitsplatz in der Branche sichert in der übrigen Volkswirtschaft 1,8 weitere Arbeitsplätze über Wertschöpfungs-, Konsum- und Investitionseffekte. So beziehen im Jahr 2024 gesamtwirtschaftlich mehr als 21.000 Menschen ihr Einkommen aus der papiererzeugenden Industrie. Blickt man auf die gesamte Wertschöpfungskette Forst-Holz-Papier reden wir sogar von 300.000 Arbeitsplätzen.

Sigrid Eckhardt,
Geschäftsführerin von Austropapier

Die Unternehmen der Papierindustrie leisten zudem einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit: Bereits 69 % der eingesetzten Energie stammen aus erneuerbaren Quellen, die Recyclingquote von über 86 % ist europaweit führend. Gleichzeitig treibt die Branche innovative Technologien voran und fördert Aus- und Weiterbildung. All das bewahrt die österreichische Papierindustrie nicht vor Wettbewerbsdruck – insbesondere im Bereich der Energiepreise.

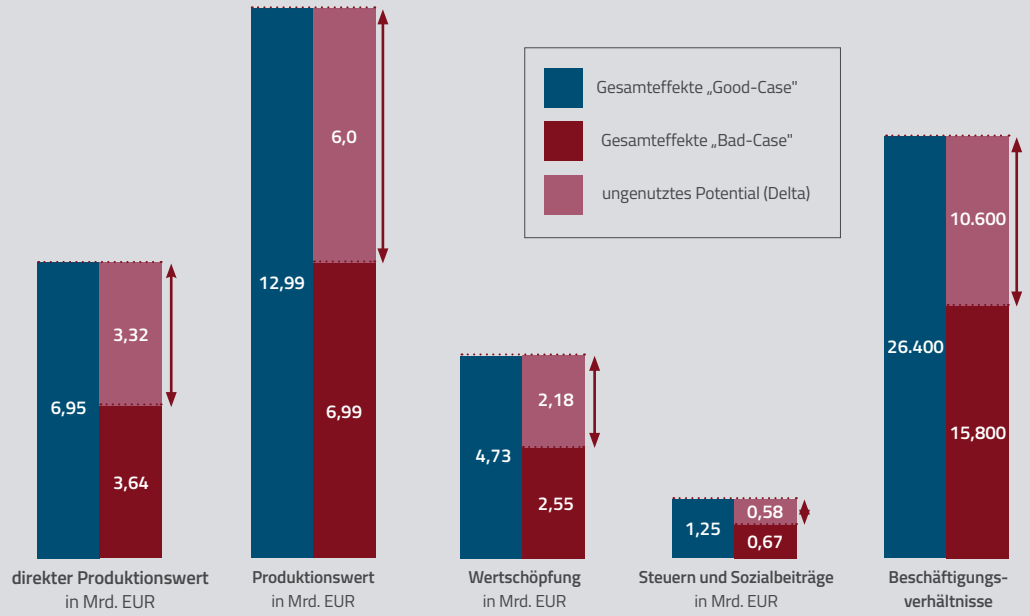
Die indirekten CO_2-Kosten im Strompreis belasten die Branche überproportional und führen zu signifikanten Standortnachteilen gegenüber fast allen relevanten Mitbewerbern im EU-Ausland. Während 17 EU-Länder ihre Industrie über die Strompreiskompensation gezielt entlasten, fehlt dieses so wichtige Instrument derzeit immer noch in Österreich. Diese strukturellen Nachteile wirken sich direkt auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der heimischen Unternehmen aus. Daher empfiehlt sich ein Blick in die Zukunft. Denn Unternehmen der Austropapier sollen nicht nur heute, sondern auch morgen ihren Beitrag zum heimischen Wohlstand leisten.

Mögliche Szenarien für die österreichische Papierindustrie

Inwieweit würden sich Produktions- und Investitionsrückgänge bzw. potenzielle Abwanderungen auswirken, wenn Österreich nachhaltig einen Standortnachteil im Bereich der Stromkosten aufweist? Wie wichtig ist vor diesem Hintergrund

Fotos: Pixabay, beigestellt

Volkswirtschaftliches Gefährdungspotential der Austropapier-Unternehmen im Jahr 2030
im Szenario „Good-Case" sowie mögliches Gefährdungspotential entlang eines Bedrohungspfades im „Bad-Case"



Quelle: IWI (2025) auf Basis der Input-Output-Tabellen 2021 sowie Austropapier (2024), Jahresstatistik

zumindest ein angemessener Stromkostenausgleich zur Verringerung der Belastungen, die aus dem europäischen Emissionshandel (indirekte CO_2-Kosten) entstehen? Dazu hat das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) empirisch gesicherte Szenario-Berechnungen durchgeführt. Ohne Strompreiskompensation droht bis 2030 ein Rückgang des Produktionswertes um bis zu 6 Milliarden Euro. Die heimische Wertschöpfung würde sich um rund 2,2 Milliarden Euro verringern. Dies entspräche einem Rückgang von 0,4 Prozent der österreichischen Bruttowertschöpfung. Zusätzlich entgingen dem Staat Einnahmen in Höhe von 575 Mio. Euro an Steuern und Sozialabgaben.

Umgekehrt würden laut den Berechnungen des IWI durch eine Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030 die Investitionen um 106 Prozent steigen, die Anzahl der Beschäftigung um bis zu 26 Prozent anwachsen und der Produktionswert um bis zu 46 Prozent. Die Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030 wäre nicht nur ein bedeutender Impuls für die energieintensive Industrie, sondern ein aktiver und notwendiger Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung des Industriestandorts Österreich. (s. Grafik)

Die Finanzierung dieser Maßnahme wäre durch ETS-Auktionserlöse darstellbar – ohne Belastung des Bundesbudgets. Sie wäre zugleich ein effektiver Hebel zur Vermeidung von Carbon Leakage sowie zur Stärkung nachhaltiger Industrieproduktion und zur Absicherung systemrelevanter Wertschöpfung in Österreich.

Diese Zahlen unterstreichen die Dringlichkeit gezielter Maßnahmen, um die Belastung der Austropapier-Unternehmen durch die hohen Energiepreise rasch zu reduzieren. Es gilt, den fortschreitenden Verlust an heimischer Standortqualität im europäischen und internationalen Vergleich zu bremsen und die Standort- bzw. Wettbewerbsbedingungen für die Industrie in Österreich nachhaltig zu verbessern. „Die Strompreiskompensation ist keine Subvention, sondern eine standortpolitische Notwendigkeit. Nur mit diesem Instrument sichern wir faire Wettbewerbsbedingungen, Arbeitsplätze und Investitionen in Österreich", betont Sigrid Eckhardt, Geschäftsführerin von Austropapier.

Autoren: Sigrid Eckhardt, GF Austropapier,
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, GF iwi

Wachstumsaussichten in Österreich sind auch mittelfristig verhalten

Als die aktuelle EU-Frühlingsprognose für die Jahre 2025 und 2026 die am 19. Mai von der EU-Kommission veröffentlicht wurde, verhieß das für Österreich nichts Gutes.

Der Prognose zufolge sollte Österreich das einzige EU-Land sein, welches im Jahr 2025 ein negatives Wachstum ausweisen sollte.

Einige Wochen zuvor, im April, hatte der IWF seine mittelfristige Frühlingsprognose, den World Economic Outlook für die Jahre 2025 bis 2030, veröffentlicht. Auch hier sollte Österreich 2025 ein negatives Wachstum aufweisen. Gestützt auf diese IWF-Prognose hat die Industriellenvereinigung zwei Rechnungen erstellt: Eine für das Jahr 2025 und eine weitere für den IWF-Prognosezeitraum 2025 bis 2030. In diesen Rechnungen wurden jene Länder ausgeschieden, von denen der IWF keine (oder nur unvollständige) Daten für den Prognosezeitraum darstellen konnte (z. B. Afghanistan, Libanon, Westbank/Gaza etc.). Die Ergebnisse dieser Rechnungen ergeben folgendes Bild:

› Ergebnis 1 für 2025:

- Österreich schrumpft gemeinsam mit zehn weiteren Ländern (Irak, Sudan, Südsudan, Jemen, Botswana, Äquatorial Guinea, Mexiko, Haiti, Venezuela) alle anderen Länder wachsen!

› Ergebnis 2 für den Prognosezeitraum 2025 bis 2030:

- Um zwei Prozent jährlich wachsen die USA wie auch die „sonstigen Industrieländer" (other advanced Countries), die laut IWF-Definition alle Industrieländer umfasst, die nicht der Eurozone angehören.
- Sämtliche Industrieländer (advanced Countries) wachsen im Schnitt jährlich um 1,6 Prozent, die EU27-Länder um 1,5 Prozent und die Länder der Eurozone um 1,2 Prozent jährlich.
- Österreich wächst durchschnittlich lediglich um 0,9 Prozent pro Jahr: Nur fünf andere Länder haben in diesem Zeitraum ein geringeres – und 182 Länder ein höheres reales Wachstum als Österreich.
- Gegenüber dem Ausgangsjahr 2024 dürfte das reale BIP Österreichs nach sechs Jahren (im Jahr 2030) gerade einmal um 5,3 Prozent höher sein. Das ist ein Wert, der in der Vergangenheit (in der Periode 2000 bis 2019) in durchschnittlich dreieinhalb Jahren erreicht werden konnte.

Auch wenn WIFO und IHS in ihren Sommerprognosen mittlerweile von keiner Schrumpfung, sondern von einer Stagnation im Jahr 2025 ausgehen, ändert dies nichts an der relativ ungünstigen österreichischen Wachstumsentwicklung der nächsten Jahre:

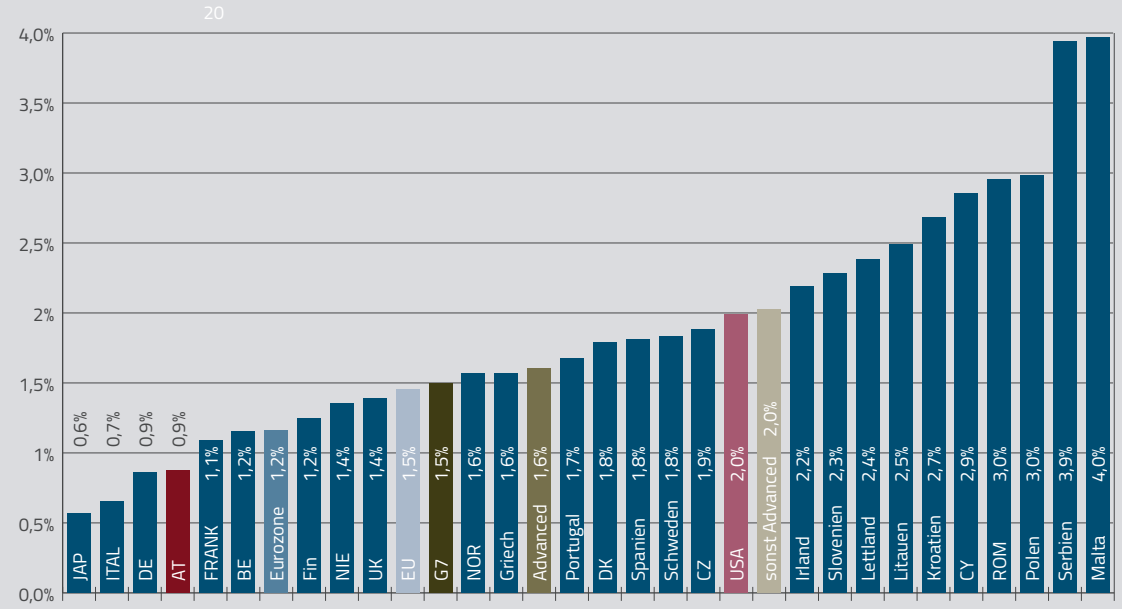
Laut mittelfristiger Sommerprognose des IHS wird das österreichische jährliche Wachstum im Schnitt der Jahre 2025/2029 ebenfalls nur 0,9 Prozent betragen. Die USA wachsen in diesem Zeitraum im Schnitt um 1,8 Prozent und die Eurozone immerhin um 1,3 Prozent jährlich.

Ein solch geringes Wirtschaftswachstum gefährdet die österreichische Budgetkonsolidierung und die Rückführung der öffentlichen Schuldenquote auf ein nachhaltiges Niveau.

Sinkt das Bruttoinlandsprodukt nur um ein Prozent, kostet das den Staatshaushalt nach den gängigen Faustregeln etwa ½ Prozent des BIP – das wären zu heutigen Preisen rund 2,5 Mrd. Euro jährlich (Finanzminister Marterbauer in seiner Budgetrede).

Bereits im April 2025 warnte der Fiskalrat in seinem langfristigen Nachhaltigkeitsbericht, dass das aufgrund des langfristig schwachen Wirtschaftswachstums Österreichs, das Einnahmenwachstum zukünftig immer weniger in der Lage sein werde, das Ausgabenwachstum zu kompensieren. Die Dynamik des Ausgabenwachstums werde demnach vor allem durch demographische Faktoren (Pensions- Pflege- und Gesundheitsausgaben bestimmt). Dazu kämen die Ausgaben zur Bekämpfung des Klimawandels

Wachstumsraten laut IMF-WEO-Prognose vom April 2025
Ausgehend vom Jahr 2024 - Durchschnittliches jährliches Wachstum 2025 bis 2030



Quelle: eigene Berechnung der IV auf Basis IMF WEO April 2025

und jene für die Erreichung der Klimaziele, die im Vergleich zu den demographisch bedingten Ausgaben ein deutlich geringeres Gewicht hätten. Laut Fiskalrat müsse, das starke Ausgabenwachstum im Gesundheits-, Pflege- und Pensionsbereich durch Strukturreformen adressiert werden. Gleichzeitig gelte es, das Einnahmenwachstum durch wachstumsfördernde Industrie- und Wirtschaftspolitik zu erhöhen.

„De-Growth-Ideologien" (aus dem ökologisch-grün-alternativen Umfeld), die wachstumsfeindlich eingestellt sind, und breites Gehör in den Medien bekommen, sehen das grundsätzlich anders. Diese ignorieren die vielfältigen zusätzlichen Lasten (siehe oben), welche öffentliche Haushalte mittel- bis langfristig zusätzlich zu schultern haben. Und sie verstehen nicht, dass (hohe) Schulden und andere finanzielle Verpflichtungen wesentlich leichter mit hohem Einkommen (höherem BIP) zu stemmen sind als mit schrumpfenden Einkommen.

Wie das Wachstum erhöht werden kann

Lohnabschlüsse und Lohnstückkosten müssen künftig viel stärker die Wettbewerbslage der Unternehmen berücksichtigen (als „kleine offene Volkswirtschaft" ist das sehr wichtig).

Lohnnebenkosten müssen durch eine Reduzierung der überdurchschnittlich hohen sonstigen Lohnsummenabgaben (FLAF-DB, Kommunalsteuer, WBF-Beitrag) gesenkt werden. Im OECD-Raum sind solche Abgaben wesentlich geringer.

Eine Liberalisierung von Produktmärkten und im Dienstleistungsbereich ist erforderlich.

Sonstige Strukturreformen (z. B. in Verwaltung, Pensions- und Gesundheitswesen) müssen endlich vorangetrieben werden.

Klimapolitische Ziele müssen faktenorientierter und wachstumsfreundlicher gestalten werden, zumal drei Viertel der weltweiten CO_2-Emissionen außerhalb des OECD-Raumes generiert werden.

Der Fachkräftemangel muss durch zielgerichtetere Migration besser gesteuert werden. Durch den seit vielen Jahren herrschenden starken Zustrom irregulärer unqualifizierter Migration ist zwar das Bevölkerungswachstum gestiegen, doch konnte dadurch der Arbeits- und Fachkräftemangel nicht gelindert werden.

Autor: Mag. Michael Oliver, Wirtschafts-, Finanzpolitik und Statistik, Industriellenvereinigung

Innovationen schaffen Wachstum und neue Jobs

Durch die FFG-Basisprogramme wird die Innovationskraft der heimischen Industrie gestärkt. Laut einer aktuellen Studie generiert jeder Fördereuro in diesem Bereich 19 Euro Umsatz. Auch Beschäftigung, Klima und Standort profitieren deutlich.

Sie sind ein wesentlicher Motor für Fortschritt und Wohlstand: Forschung und Entwicklung (F&E). Gerade Österreichs Industrieunternehmen legen einen starken Fokus auf F&E, um im globalen Wettbewerb weiterhin vorne mit dabei sein zu können. Welche Rolle Förderungen spielen, belegt eine Studie der KMU Forschung Austria zum Thema „Bedeutung und Wirkung der FFG-Basisprogramme in der gewerblichen Wirtschaft." Darin wurde untersucht, welchen Mehrwert und Nutzen die Förderungen der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) auf die jährlich rund 1.000 unterstützten Unternehmen haben.

Innovationskraft

Laut der Studie generiert in der Industrie ein Fördereuro mehr als doppelt so viel Umsatz wie im Durchschnitt, betont Siegfried Menz, Obmann Bundessparte Industrie WKO: „Während jeder Fördereuro durchschnittlich 8,6 Euro Umsatz bewirkt, sind es in der Industrie beeindruckende 19 Euro. Dies unterstreicht die herausragende Be-

Fotos: Pixabay, beigestellt

deutung der Industrie für die wirtschaftliche Entwicklung und Innovationskraft in Österreich und zeigt die starken Hebeleffekte der Förderungen in der Sparte Industrie." Als Folge eines geförderten F&E-Projekts werden von den Industrieunternehmen in 55 Prozent der geförderten F&E- Projekte gewerbliche Schutzrechte angemeldet – verglichen mit 39 Prozent in der gewerblichen Wirtschaft. „Um am internationalen Parkett bestehen zu können, ist FTI (Forschung, Technologie und Innovation) für die exportorientierte Industrie unabdingbar", sagt Menz. F&E sind für österreichische Industrieunternehmen sehr wichtig und werden, wegen der in den letzten Jahren stark gestiegenen Lohn- und Energiekosten in Österreich, noch relevanter werden, ist Alfred Felder, CEO Zumtobel Group, überzeugt: „Nur innovative Produkte, die sich vom kostengünstigeren Wettbewerb differenzieren, können letztendlich nach wie vor am Standort Österreich entwickelt und produziert werden. Mit seinen F&E-Ausgaben liegt Österreich laut öffentlichen Statistiken international im Mittelfeld. Deshalb wird das Ziel, die Ausgaben auf 4 Prozent des BIP zu erhöhen, sehr positiv wirken."

Klima im Fokus

Seit dem Jahr 2019 hat die Bedeutung klimarelevanter Projekte in der Industrie stark zugenommen, berichtet Andreas Mörk, Geschäftsführer Bundessparte Industrie WKO. „2023 entfielen 82 Prozent der geförderten Projekte und 85 Prozent des Förderbarwerts auf klimarelevante Projekte. Die Fokussierung auf klimarelevante Projekte zeigt, wie die Industrie durch FTI- Initiativen zur Bewältigung globaler Herausforderungen beiträgt", so Mörk. Besonders relevant sind die Themenbereiche Nachhaltigkeit mit Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft sowie Digitalisierung, hier vor allem Künstliche Intelligenz, betont Felder: „Daneben geht es auch um konkrete Produktentwicklung, dabei sprechen wir verstärkt von smarten Produkten und Dienstleistungen. Im Fokus stehen zudem neue Normen und Vorschriften, z. B. zur Cyber Security, die ebenfalls bei Produkten und Prozessen abgebildet werden müssen."

Energieeffizienz

In der Zumtobel Group liegt ein F&E-Fokus auf Energieeffizienz – da künstliche Beleuchtung elektrische Energie benötigt. Ein weiteres Thema sind erneuerbare Energiequellen, die eine andere Form an Stromversorgung (Gleichspannung statt Wechselspannung) liefern. Alfred Felder würde sich „gelegentlich mehr Förderung wünschen. In Vorarlberg, wo unser Headquarter und größtes F&E-Zentrum sind, gibt es relativ wenig Bundesförderung. Mit den FFG-Förderungen sind wir sehr zufrieden. Das Angebot an Basisprogrammen, thematischen Programmen und inhaltlichen Kompetenzzentren deckt viele unserer Aktivitäten ab."

„Smarte Produkte werden zukünftig in der Industrie einen F&E-Schwerpunkt darstellen."
Alfred Felder
ZumtobelGroup

Neue Arbeitsplätze

Für 96 Prozent der geförderten Industrieunternehmen sind die Ergebnisse ihrer F&E- Projekte, laut der Studie verwertbar. „Der Anteil der Projekte", so Siegfried Menz, „die vier Jahre nach Abschluss genutzt werden konnten, ist bei Industrieunternehmen am höchsten." Die hohe Verwertbarkeit der F&E-Ergebnisse zeigt, wie effektiv die FTI-Strategien in der Industrie umgesetzt werden und welche bedeutenden wirtschaftlichen Vorteile daraus resultieren." 69 Prozent der Industrieunternehmen konnten darüber hinaus aufgrund von in den Basisprogrammen geförderten F&E-Projekten weitere Arbeitsplätze schaffen bzw. Arbeitsplätze sichern, so Mörk. „Ein signifikanter Beitrag zur Beschäftigung und Standortsicherung."

Autoren: Stephan Scoppetta

„Innovation ist immer die richtige Maßnahme“

Interview mit Dr. Birgit Tauber, Bereichsleiterin Basisprogramme in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), über die Rolle der Basisprogramme, Innovationen als Wirtschaftsfaktor und die Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

Österreichs Wirtschaft steht unter Druck: steigende Kosten, Unsicherheit und globaler Wettbewerb belasten die Industrie. In diesem Umfeld gewinnt die Forschungsförderung an Bedeutung. Sie schafft Raum für Innovation und stärkt den Standort. Dr. Birgit Tauber, Bereichsleiterin Basisprogramme in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), zeichnet im Gespräch ein Bild davon, wie die Basisprogramme wirken und welche Herausforderungen vor der Industrie liegen.

Frau Dr. Tauber, wie wichtig sind die Basisprogramme für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie?

Birgit Tauber: Unser Ziel ist es, neue Ideen rasch in die Praxis zu bringen, idealerweise auch über Österreich hinaus. Die FFG-Basisprogramme stehen allen Themen und Technologien offen. Unternehmen vom Start-up bis zum Leitbetrieb können damit Projekte umsetzen, die ohne Förderung nicht zustande kämen. Gerade für internationale Konzerne ist die FFG oft ausschlaggebend, damit ein Projekt in Österreich angesiedelt wird.

Dr. Birgit Tauber, Bereichsleiterin Basisprogramme in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG)

Gerade die Industrie profitiert stark von den Programmen. Wo liegt der entscheidende Hebel?

Die Wirkung entsteht aus einer Kombination von finanzieller Unterstützung, hoher Wirksamkeit der Förderung und dem direkten Nutzen für die Unternehmen. 84 Prozent der Projekte wären ohne Förderung gar nicht oder nur eingeschränkt umgesetzt worden. 69 Prozent der Industrieunternehmen konnten dadurch zusätzliche oder gesicherte Arbeitsplätze schaffen. Besonders stark profitieren exportorientierte Betriebe: Ihre Exportquote liegt im Durchschnitt bei 71 Prozent.

Ein großer Teil der geförderten Projekte wird inzwischen als klimarelevant eingestuft. Was bedeutet das für die Industrie?

Mich hat selbst überrascht, dass 82 Prozent der geförderten Industrieprojekte klimarelevant sind. Das zeigt, wie stark Unternehmen Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung inzwischen verankern. Mit den Basisprogrammen können sie Green Production, Kreislaufwirtschaft und die Energiewende konkret umsetzen und damit auch die politischen Klimaziele unterstützen.

Welche Themen dominieren aktuell?

Besonders stark sind Produktion und Fertigungstechnologien, gefolgt von Material- und Bautechnik sowie Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit. Klassische Industrieprojekte bleiben wichtig, aber wir sehen eine wachsende Verschiebung in Richtung Services und Digitalisierung, angetrieben durch Technologien wie KI oder Quantentechnologien.

Foto: Narbnert Novak

„Jeder Euro an Förderung löst durchschnittlich 3,4 Euro an privaten Investitionen aus, insgesamt also 4,4 Euro an zusätzlichen F&E-Ausgaben."

Immer öfter bewerben sich auch kleinere Unternehmen für Förderungen. Bedeutet das mehr Konkurrenz oder zusätzliche Dynamik für die Industrie?

Zwei Drittel der geförderten Industrieunternehmen sind Großbetriebe, ein Drittel sind KMU. Die kleineren Firmen bringen zusätzliche Dynamik, weil sie spezialisierte Lösungen und neue Ansätze einbringen. Das fördert Kooperationen und stärkt die gesamte Innovationslandschaft. Besonders wertvoll sind die Netzwerkeffekte: 84 Prozent der Industriebetriebe berichten von neuen oder intensivierten Kontakten.

Laut Studien erzielen Unternehmen durch geförderte Projekte deutliche Umsatzsteigerungen. Wie wirken sich diese Effekte konkret in der Industrie aus?

Geförderte Projekte bringen der Industrie im Median rund 4,5 Millionen Euro zusätzlichen Umsatz. Gleichzeitig sichern sie bestehende Jobs und schaffen neue Stellen – ein klarer Vorteil im internationalen Wettbewerb.

Das jährliche Budget der FFG-Basisprogramme liegt seit Jahren bei rund 330 Millionen Euro. Gleichzeitig sind die Projektkosten stark gestiegen. Welche Folgen hat diese Entwicklung für die Finanzierung?

Zwischen 2015 und 2023 haben sich die Projektkosten um 60 Prozent erhöht, während die Inflation bei rund 30 Prozent lag. Haupttreiber waren steigende Personal- und Energiekosten sowie höhere Materialpreise. Da das Budget seit 2019 konstant blieb, mussten wir bereits Vorgriffe auf künftige Budgets machen. Um die steigende Nachfrage zu decken, wären aktuell zusätzlich rund 20 Millionen Euro erforderlich.

Wie überzeugen Sie Politik und Öffentlichkeit von der Notwendigkeit höherer Mittel?

Jeder Euro an Förderung löst durchschnittlich 3,4 Euro an privaten Investitionen aus, insgesamt also 4,4 Euro an zusätzlichen F&E-Ausgaben. Hinzu kommen pro Projekt etwa 2,5 Millionen Euro an Investitionen in F&E-Infrastruktur. Diese Hebelwirkung zeigt deutlich, dass zusätzliche Mittel nicht nur einzelnen Unternehmen helfen, sondern auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll sind.

Viele Betriebe scheuen sich derzeit vor langfristigen Projekten. Wie gefährlich ist das für den Standort?

Kurzfristige Projekte innerhalb der FFG-Basisprogramme laufen weiterhin, doch für langfristige Kooperationen reichen weniger Unternehmen Anträge ein. Das ist riskant, weil ohne diese geförderten Vorhaben die Innovationspipeline zu versiegen droht. Unabhängig von der Konjunktur gilt jedoch: Innovation ist immer die richtige Maßnahme. Sie schafft Wachstum, sichert Fachkräfte und eröffnet neue Märkte.

Wie sollten sich die Basisprogramme künftig weiterentwickeln, damit die Industrie auch international Schritt halten kann?

Wir brauchen eine Aufstockung des Budgets, um die steigenden Kosten abzufedern, und mehr Planungssicherheit für die Unternehmen. Ebenso wichtig ist es, den Transformationsweg konsequent fortzusetzen – nachhaltig, digital und sozial. Schlüsseltechnologien wie KI oder Quantentechnologien müssen ihren Weg in den betrieblichen Alltag finden. Dafür braucht es einen intensiveren Dialog mit der Industrie und eine engere Verzahnung mit europäischen Programmen. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Übergang von Prototypen in den Markt. Gelingt das, sichern wir langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Letztlich sind die Basisprogramme damit nicht nur ein Förderinstrument, sondern auch ein Garant dafür, dass Österreich im globalen Wettbewerb innovativ und zukunftsfähig bleibt.

Interview: Stephan Scoppetta

Bereits zum 31. Mal vergab die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA der WKO den Exportpreis.

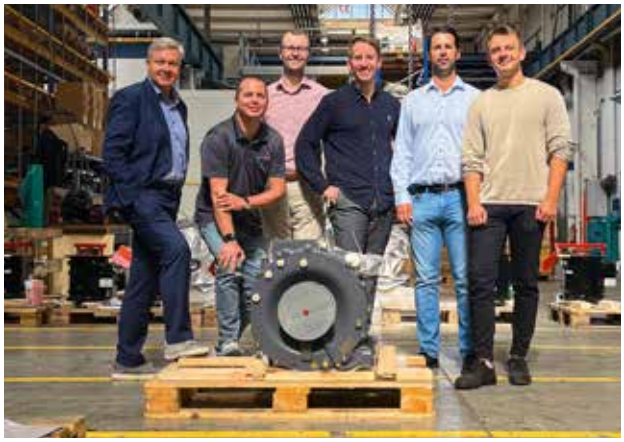
Exportunternehmen sind das Herz der heimischen Wirtschaft

Mit der Verleihung des renommierten Exportpreises werden die außergewöhnlichen Leistungen der österreichischen Exportunternehmen vor den Vorhang geholt.

Österreich ist das Land der Exporteure: 2024 lag die Exportquote der Industrie insgesamt im Schnitt bei 66 Prozent, in einzelnen Fachverbänden lag sie sogar weit über 80 Prozent. „Österreichs Unternehmen sind oft einen Tick besser – und genau das macht den Unterschied", wie WKÖ-Präsident Harald Mahrer bei der Verleihung des Exportreises betonte. „Gleichzeitig wissen wir, dass internationale Märkte immer komplexer werden. Umso wichtiger ist es, dass sich unsere Betriebe weltweit auf ein starkes Netzwerk aus mehr als 100 Stützpunkten verlassen können – wir sind ihr Türöffner, Sparringspartner und Brückenbauer zu neuen Chancen", so Michael Otter, Leiter der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA.

Den Exportpreis in Gold erhielt die Traktionssysteme Austria GmbH (TSA) aus Wiener Neudorf (NÖ). TSA entwickelt und produziert elektrische Antriebssysteme, die weltweit im Einsatz sind und Schie-

Fotos: Marek Kopp, Michaela Lorber, TSA, Gföllner



TSA ist der führende Hersteller elektromechanischer Antriebe für Schienen- und Straßennutzfahrzeuge.

TSA CEO Robert Tencl, Johannes Mensdorff-Pouilly, Leitung Vertrieb Rail.Road.Service. mit Siegfried Menz und Andreas Mörk.

Gföllner hat sich auf Fahrzeugbau, Ladetechnik und Containertechnik spezialisiert.

Roman Predl, CSO (li.), und Karl Pühretmair, CEO, von Gföllner freuten sich über den Exportpreis in Silber.

nen- sowie Straßennutzfahrzeuge antreiben. Aktuell werden Motoren für die U-Bahn in Istanbul und das neue Metronetz in Atlanta/USA geliefert. „Unsere Exportquote liegt bei 96 Prozent, unsere Motoren sind in knapp 70 Ländern weltweit im Einsatz", berichtet CEO Robert Tencl. Global erfolgreich ist man dann, so der erfolgreiche Unternehmer, wenn man auf Kundenbedürfnisse eingeht, lokale Besonderheiten versteht und vor Ort präsent ist.

Lange Tradition

Silber ging an die Gföllner Fahrzeugbau und Containertechnik GmbH aus St. Georgen (OÖ). „Wir entwickeln aktuell Lösungen im Bereich Energieversorgung für Rechenzentren oder Mining-Projekte, die weltweit zum Einsatz kommen", erklärt CSO Roman Predl. Demnächst folgt der Aufbau eines eigenen Produktionsstandorts in den USA. „Das eröffnet uns neue Spielräume – geografisch wie technologisch."

In wichtigen Märkten

ASTA Elektrodraht aus Oed (NÖ) wurde mit dem Exportpreis in Bronze geehrt. Das Unternehmen produziert hochwertige Kupferkomponenten für Transformatoren, Generatoren und Elektromotoren. „Unsere Hauptexportländer sind Deutschland, Skandinavien und Kroatien, gibt Karl Schäcke, CEO ASTA Gruppe Auskunft. „Außerdem bedienen wir mit Nordamerika einen weiteren wichtigen Markt im internationalen Exportgeschäft." Zukünftig möchte man auf die Entwicklung von Isolierdrähten mit fortschrittlichen PEEK- und PI-Isoliersystemen setzen, was kürzere Ladezeiten und höhere Effizienz ermöglicht, so Karl Schäcke. „Gleichzeitig bauen wir unsere Recyclingkompetenzen weiter aus, um nachhaltige und zukunftsweisende Lösungen für die Energieinfrastruktur von morgen zu bieten".

Autorin: Herta Scheidinger

Thomas Trimmel, Managing Director ASTA Elektrodraht, und Daniela Wenczler, Head of Supply Chain Management.

Die Produkte von ASTA sorgen für eine zuverlässige Energieversorgung durch hoch effiziente Kupferlösungen.

Einen Teil der Gewinne investiert Amex Healthcare in impactorientierte Start-ups, vor allem im afrikanischen Gesundheitssektor.

Chancenmarkt Afrika: Neue Impulse auf einem dynamischen Kontinent

Während Afrika zunehmend als Zukunftsmarkt mit großem wirtschaftlichem Potenzial in den Fokus rückt, intensiviert auch Österreich seine außenwirtschaftlichen Aktivitäten auf dem Kontinent

Die Exportwirtschaft spielt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Stabilität und den Wohlstand Österreichs. Mehr als 1,2 Millionen Arbeitsplätze im Land hängen direkt oder indirekt am Export – das entspricht einem erheblichen Teil des heimischen Arbeitsmarkts. Kein Wunder also, dass die international tätigen österreichischen Unternehmen als Rückgrat der Volkswirtschaft und als verlässlicher Wachstumsmotor gelten. Über 50 Prozent der heimischen Wirtschaftsleistung werden durch Exporte erwirtschaftet – ein Spitzenwert, der die Bedeutung des Außenhandels für Österreich eindrucksvoll unterstreicht. In der EU belegt das Land bei den Pro-Kopf-Exporten einen bemerkenswerten sechsten Platz. Von dieser internationalen Wettbewerbsfähigkeit profitieren nicht nur exportorientierte Unternehmen, sondern letztlich die gesamte Bevölkerung.

Eine beispiellose Erfolgsgeschichte

Der Aufstieg der österreichischen Exportwirtschaft in den letzten Jahrzehnten ist eine wahre Erfolgsgeschichte. Seit dem EU-Beitritt im Jahr 1995, als das Volumen der Warenexporte noch bei vergleichsweise bescheidenen 37 Milliarden Euro lag, hat sich Österreich zu einem global gefragten Anbieter hochwertiger Produkte und Dienstleistungen entwickelt. Im Jahr 2024 erreichten die heimischen Warenexporte 191 Milliarden Euro,

Fotos: Amex Health Care, Mondi Group

was das internationale Ansehen von „Made in Austria“ eindrucksvoll bestätigt.

Trotz kurzfristiger Herausforderungen ist die Exportwirtschaft ein zentraler Hoffnungsträger für Österreich. Die heimischen Unternehmen punkten weltweit mit Innovationskraft, hoher Qualität und Verlässlichkeit – Eigenschaften, die in einem zunehmend komplexen globalen Umfeld mehr denn je gefragt sind.

Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA als starke Partnerin

In einer zunehmend globalisierten Wirtschaft spielt die Internationalisierung eine zentrale Rolle für den langfristigen Erfolg von Unternehmen. Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA, ein Bereich der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), positioniert sich dabei als Schlüsselakteur, denn als Internationalisierungs- und Innovationsagentur der österreichischen Wirtschaft begleitet sie Unternehmen auf dem Weg in neue Märkte – und sorgt gleichzeitig dafür, dass internationale Innovationen den Weg nach Österreich finden. Mit einem Netzwerk von rund 100 Stützpunkten in mehr als 70 Ländern sind die Wirtschaftsdelegierten der AUSSENWIRTSCHAFT direkt vor Ort präsent. Sie verfügen über tiefgehende Marktkenntnisse und etablierte lokale Kontakte und unterstützen österreichische Unternehmen gezielt bei der Markterschließung, Kundenakquise, bei Verhandlungen sowie bei Vertragsabschlüssen. Das Serviceportfolio der AUSSENWIRTSCHAFT ist breit gefächert: Neben strategischer Beratung und Marktanalysen werden auch individuelle Fördermöglichkeiten geboten, um den Schritt in neue Märkte finanziell abzusichern.

Afrika als Zukunftsmarkt für Österreich

Afrika rückt zunehmend in den Fokus der österreichischen Exportwirtschaft. Der Kontinent, oft unterschätzt und von Klischees überlagert, bietet große wirtschaftliche Potenziale – nicht nur aufgrund seiner jungen Bevölkerung und des dynamischen Wachstums in vielen Regionen, sondern

Mondi betreibt in Marokko Standorte in Tanger, Casablanca und Agadir. Das Land bietet ein stabiles wirtschaftliches Umfeld, eine gut ausgebaute Infrastruktur und qualifizierte Fachkräfte.

auch durch den steigenden Bedarf an Infrastruktur, Technologie, Energie- und Umweltlösungen. Für österreichische Unternehmen eröffnen sich hier vielfältige Chancen: von Maschinenbau über Medizintechnik bis hin zu nachhaltigen Mobilitätslösungen.

MAROKKO: „Wer in Marokko erfolgreich sein möchte, sollte kulturelle Unterschiede aktiv anerkennen, offen für lokale Denkweisen und Arbeitsweisen sein – und vor allem die richtigen Mitarbeiter:innen finden und langfristig in deren Entwicklung investieren. Dieser Ansatz schafft Vertrauen, stärkt die lokale Verankerung und ebnet den Weg für nachhaltigen Erfolg.“
Claudio Fedalto, COO Mondi Paper Bags

Noch machen Exporte nach Afrika nur einen kleinen Teil des österreichischen Außenhandels aus – doch die Tendenz ist steigend. Immer mehr heimische Betriebe erkennen die strategische Bedeutung langfristiger Partnerschaften auf dem afrikanischen Kontinent und setzen auf gezielte Marktöffnung, regionale Präsenz und kulturelle Kompetenz.

Agrana ist seit 2018 in Algerien tätig und beschäftigt dort rund 100 Mitarbeiter:innen.

Wichtiger Handelspartner Marokko

Seit 2023 ist Marokko drittwichtigster Handelspartner Österreichs in Afrika hinter Südafrika und Ägypten. Der gegenseitige Warenaustausch zwischen Österreich und Marokko ist entgegen dem weltweiten Trend im Jahr 2024 weiter gestiegen, und zwar von insgesamt 531,6 Millionen Euro auf 608,7 Millionen Euro. Die österreichischen Warenexporte nach Marokko sind in den ersten fünf Monaten 2025 um 19,9 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode gestiegen. Dies ist einerseits der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes geschuldet, andererseits der langsam wachsenden Aufmerksamkeit, die österreichische Exporteur:innen dem marokkanischen Markt schenken.

KENIA: „Werde zum 'local' - ein Unternehmen, das im Ausland operiert, darf sich nicht als österreichisches Unternehmen auf Besuch sehen, sondern muss Vertrauen in den lokalen Markt haben um auch Vertrauen zurück zu bekommen. Langfristige Partnerschaften im Land und Einbezug von lokalen Produkten und Dienstleistungen ist wichtig. Aber noch wichtiger ist: Man muss einfach vor Ort sein. Es lohnt sich in jedem Fall."
Harald Sigl, Münzer

Das Greifen der marokkanischen Modernisierungsbemühungen im Industriebereich widerspiegelt sich in 17,7 Prozent steigenden österreichischen Exporten von Maschinenbauerzeugnissen im Wert von 104 Millionen Euro. Auch chemische Erzeugnisse (+24,2 %, 27,3 Mio. Euro) und Fertigwaren (+20,3 %, 31,5 Mio. Euro) konnten zulegen. Angesichts der Marktgröße Marokkos mit über 37 Millionen Einwohnern ist hier allerdings noch ein großes Wachstumspotential vorhanden. Die tatsächlichen österreichischen Exporte liegen um ca. 25 Prozent höher, da viel über französische oder spanische Niederlassungen geliefert wird.

Strategisch gewählte Standorte

Mondi ist seit 2001 mit dem Papiersackgeschäft in Westafrika tätig. Das Unternehmen hat zunächst Anteile an bestehenden Fabriken für Papiersäcke in Marokko erworben und diese im Laufe der Jahre ausgebaut. Es folgten Investitionen in den Maschinenpark im Jahr 2022 der Bau einer weiteren Greenfield-Produktionsstätte in Tanger, Marokko.

Mit vier Werken, rund 300 Mitarbeitenden und einer Kapazität von mehr als 500 Millionen Säcken jährlich ist Mondi heute der führende Anbieter für Papiersäcke im schnell wachsenden Markt Westafrikas. Die Standorte wurden strategisch gewählt – drei in Marokko (Tanger, Casablanca, Agadir) und eine in der Elfenbeinküste (Abidjan). „Unsere Erfahrungen in Marokko sind durchweg positiv. Das Land bietet ein stabiles wirtschaftliches Umfeld, eine gut ausgebaute Infrastruktur und Zugang zu qualifizierten Fachkräften", erklärt Claudio Fedalto, COO Mondi Paper Bags. Besonders schätzt man bei Mondi die Unterstützung durch die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA, die bei der Standortsuche, bei rechtlichen Fragen und beim Markteintritt äußerst kompetent begleitet hat. Fedalto: „Bei Mondi beruht unser Erfolg auf engagierten und befähigten Mitarbeitenden, die sich für eine bessere Welt einsetzen. Wir beschäftigen mutige Persönlichkeiten, die bereit sind, Veränderungen

Fotos: Agrana, Münzer Bioindustrie GmbH

Die Münzer Bioindustrie GmbH hat 2021 mit der Sammlung auf Aufbereitung von Altspeisefett in Kenia begonnen.

voranzutreiben, mit externen Partnern zusammenzuarbeiten und nachhaltige, innovative Lösungen zu entwickeln. Ihre kontinuierliche Weiterentwicklung fördern wir durch hochwertige Schulungen und persönliche Betreuung." Ebenso entscheidend ist für Mondi der Aufbau starker lokaler Partnerschaften, denn in Westafrika sind persönliche Beziehungen und gegenseitiges Vertrauen essenziell. Gleichzeitig ist es wichtig, sich an lokale Gegebenheiten anzupassen, kulturelle Unterschiede zu respektieren und langfristig zu denken. „Darüber hinaus haben wir in modernste Technologie und Ausstattung investiert, um positive Veränderungen zu fördern und eine effiziente Produktion sicherzustellen. Die Kombination aus globalem Know-how und lokaler Verankerung ist unser Erfolgsrezept", so Fedalto.

Algerien: Potenzial für intensivere Zusammenarbeit

Algerien ist Österreichs viertwichtigster Handelspartner in Afrika. Im Jahr 2024 beliefen sich die österreichischen Warenexporte nach Algerien auf ca. 176,5 Millionen Euro. Weltweit belegt Algerien den 60. Platz unter den wichtigsten Exportmärkten und den 68. Platz unter den wichtigsten Importmärkten für Österreich. Das bilaterale Handelsvolumen bietet Potenzial für intensivere Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Maschinenbau, Elektronik, Pharmazeutik sowie Erneuerbaren Energien und Umwelttechnologie.

Maßgeschneiderte Lösungen

Agrana ist seit 2018 in Algerien tätig, beschäftigt dort rund 100 Mitarbeiter:innen und stellt in Akbou (170 km östlich von Algier) Produkte sowie Rezepturen für Molkereien und die Food Service-, Eiscreme-, Backwarenindustrien im nordafrikanischen Markt her. „Wir bieten unseren Kunden maßgeschneiderte Lösungen wie Frucht-, Brown Flavor- und würzige Zubereitungen sowie Aromen, Sirupe oder Saucen an. Seit Beginn unserer Geschäftstätigkeit in Algerien ist uns das AußenwirtschaftsCenter der AUSSENWIRTSCHAFT hilfreicher Ansprechpartner in relevanten Fragen wie Zollbestimmungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Kombination aus einem lokalen, gut vernetzten Team und der Unterstützung durch die WKO ist wichtiger Bestandteil unseres Erfolges in Algerien. Die sich immer ändernden Rahmenbedingungen in Handels- und Frachtbestimmungen sowie in Steuerthemen erfordern eine Organisation, die sich diesen Themen widmet und am Laufenden bleibt", erklärt man bei Agrana.

KENIA: „Man muss den richtigen Mix aus bewährten Stärken des Unternehmens und der richtigen lokalen Adaption schaffen."
Amex Healthcare

Kenia als spannender Markt

In den Jahren vor der Corona-Krise hatten die österreichischen Exporte nach Kenia erheblich zugelegt, genauso wie die Importe. 2019 war ein Rekordjahr für das bilaterale Handelsvolumen – ein Aufwärtstrend, der durch die Pandemie unterbrochen wurde. 2023 zeigte sich ein Aufwärtstrend mit einem Wachstum von 19 Prozent. Hauptexportgüter 2023 waren Arbeitsmaschinen

2023 empfing das Team von Münzer Kenya Pvt. Ltd. die österreichische Wirtschaftsdelegation rund um Bundesminister Martin Kocher auf der Fettaufbereitungsanlage in Nairobi.

mit einem Einzelpostenanteil von knapp 40 Prozent, gefolgt von medizinisch/pharmazeutischen Erzeugnissen (21 % Anteil) und Energiegetränke (12,5 % Anteil). Besonders erhöhte Maschinenlieferungen (+69,3 %) haben sich positiv auf die Exporte ausgewirkt. 2024 zeichnete sich ein noch positiverer Trend ab, das Handelsvolumen ist auf mehr als 45 Millionen Euro gestiegen, im Vergleich zu rund 40 Millionen Euro des Vorjahres. In Kenia gibt es derzeit ca. zehn österreichische Niederlassungen, Repräsentanzen bzw. Projektbüros. Der Marktanteil Österreichs in Kenia ist gering und beläuft sich auf ca. 0,01 Prozent. Der gesamte Marktanteil Österreichs in Afrika beträgt ein Prozent.

ALGERIEN: „Die Kombination aus einem lokalen, gut vernetzten Team und der Unterstützung durch die WKO ist wichtiger Bestandteil unseres Erfolges in Algerien."
Agrana

Medizinische Produkte

Amex Healthcare liefert medizinische, labortechnische und pharmazeutische Produkte an gemeinnützige Organisationen und ist als größter Lieferant von Medizinprodukten an die Vereinten Nationen seit Jahrzehnten in Afrika aktiv. Seit 2024 ist das Unternehmen auch in Kenia tätig. Amex-CEO Edwin Kleiber: „Wir sind für einige Zeit als Eigentümer selbst nach Kenia gezogen und haben es in der Zeit geschafft ein unglaublich gutes Team aufzubauen. Zu jederzeit waren die Kollegen von der WKO eine große Hilfe – speziell in der Anfangsphase, aber auch noch heute sind sie jederzeit tolle Ansprechpartner mit unglaublichem Engagement."

Dynamische Prozesse und engagierte Teams

Die Münzer Bioindustrie GmbH hat 2021 mit der Sammlung und Aufbereitung von Altspeisefett in Kenia begonnen. „Kenia im Speziellen, aber natürlich Afrika ganz generell ist ein extrem spannender Markt. Kreislaufwirtschaft, erneuerbare Energie, Abfallwirtschaft – das sind die zentralen Herausforderungen. Für uns ist es daher ein Kontinent voller Chancen. Wir entwickeln Prozesse individuell für das Land und lernen dabei auch, diese best practice Modelle universell für das Unternehmen anzuwenden. Offen gesagt sehen wir sehr oft ähnliche Fragestellungen und Herausforderungen in allen Märkten, von Nairobi über Mumbai bis Sinabelkirchen. Das Netzwerk der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA hilft uns sehr, mit den Fragestellungen außerhalb unseres Kerngeschäfts auch richtig umzugehen", so Harald Sigl, Münzer Bioindustrie GmbH.

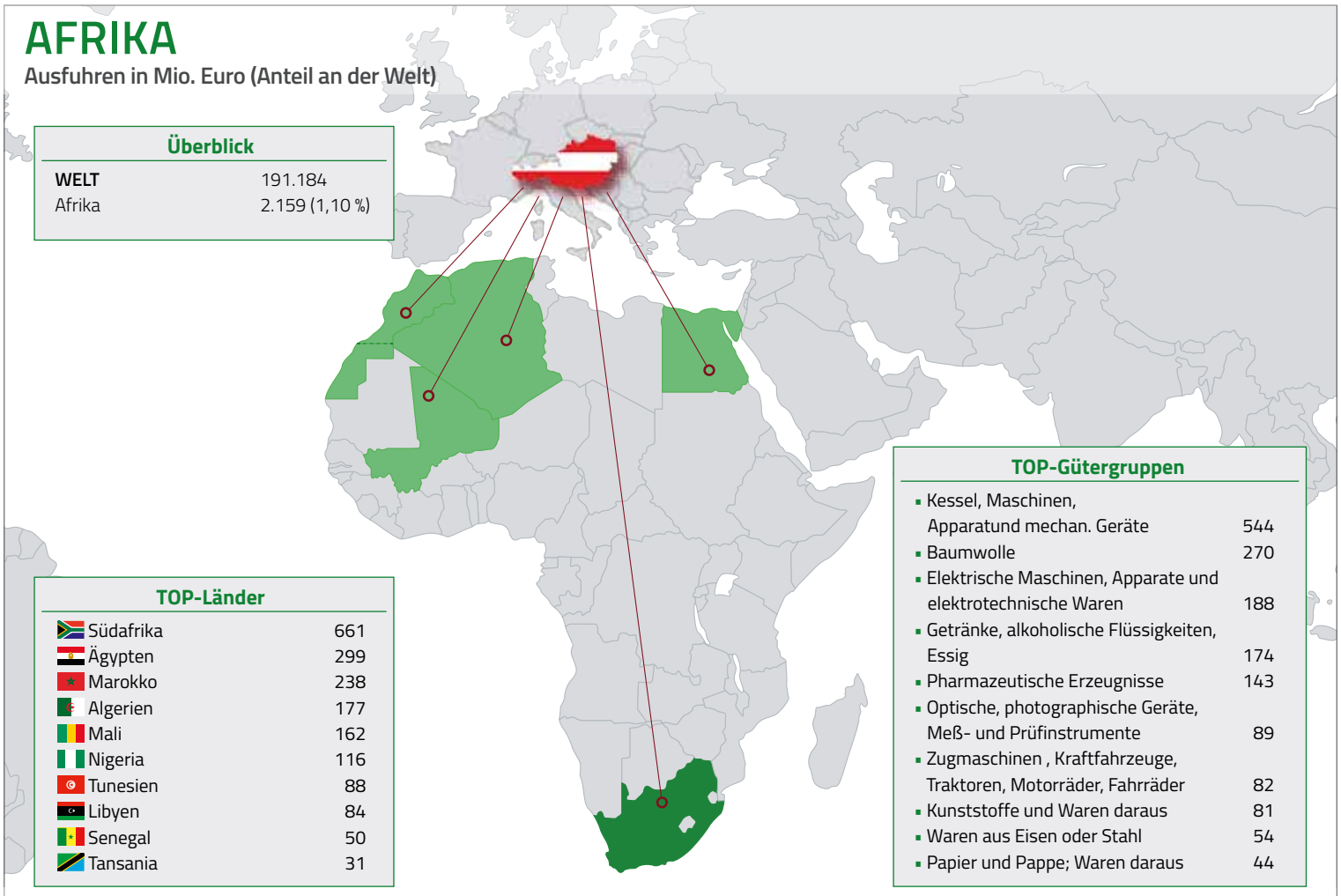
Als Erfolgsrezept, um in Kenia erfolgreich zu sein, sieht man bei Münzer vor allem dynamische Prozesse und engagierte Teams. Sigl: „Jahrzehntelange Erfahrungen haben uns gezeigt, dass höchste Standards in Equipment, Prozessen und Infrastruktur der richtige Weg sind. Auch der Kontakt zur lokalen Community, Stakeholdern und unseren Kundinnen und Kunden ist immens wichtig, diese Gespräche sind oft ausschlaggebend für neue Ideen und enge Zusammenarbeit."

Autorin: Helene Tuma

Fotos: Münzer Bioindustrie GmbH

AFRIKA

Ausfuhren in Mio. Euro (Anteil an der Welt)



Überblick

WELT	191.184
Afrika	2.159 (1,10 %)

TOP-Länder

Südafrika	661
Ägypten	299
Marokko	238
Algerien	177
Mali	162
Nigeria	116
Tunesien	88
Libyen	84
Senegal	50
Tansania	31

TOP-Gütergruppen

Kessel, Maschinen, Apparatund mechan. Geräte	544
Baumwolle	270
Elektrische Maschinen, Apparate und elektrotechnische Waren	188
Getränke, alkoholische Flüssigkeiten, Essig	174
Pharmazeutische Erzeugnisse	143
Optische, photographische Geräte, Meß- und Prüfinstrumente	89
Zugmaschinen , Kraftfahrzeuge, Traktoren, Motorräder, Fahrräder	82
Kunststoffe und Waren daraus	81
Waren aus Eisen oder Stahl	54
Papier und Pappe; Waren daraus	44

Anm.: Afrika als Kontinent. 2024 endgültige Werte. TOP-Gütergruppen der Region.
Quelle: Außenhandelsstatistik, Statistik Austria

Links zum Thema

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Berichte
www.wko.at/aussenwirtschaft/berichte

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Veranstaltungen
www.wko.at/aussenwirtschaft/veranstaltungstermine

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Länder
www.wko.at/aussenwirtschaft/laender

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Branchen
www.wko.at/aussenwirtschaft/branchen

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
https://x.com/wko_aw

Facebook AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
www.facebook.com/aussenwirtschaft

YouTube AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
www.youtube.com/aussenwirtschaft

LinkedIn AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
www.linkedin.com/company/aussenwirtschaft-austria/posts/?feedView=all

Instagram AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
www.instagram.com/aussenwirtschaft_austria.at

Flickr AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
www.flickr.com/people/aussenwirtschaftaustria

YouTube LOOKAUT
www.youtube.com/@LOOKAUT

Die internationale Konjunkturentwicklung

Die leichte Festigung der globalen Konjunktur setzt sich fort, obgleich insbesondere die Zolldiskussionen für hohe Unsicherheit auf den Märkten sorgen. Nachdem keine Indizien für kräftige Konjunkturimpulse in naher Zukunft vorliegen, dürfte der gesamte gegenwärtige Konjunkturzyklus schwächer als jener in der 2010er Jahren ausfallen.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Nach Überwindung der Subprime-Krise und – europaspezifisch – der Eurokrise gab es von 2013 bis 2019 eine Reihe von Jahren mit einem durchschnittlichen globalen Wirtschaftswachstum von rund 3,5 %. Dies wurde damals als eher enttäuschend angesehen, wobei der Unterschied zu den ausgeprägten Wachstumsraten vor der Subprime-Krise insbesondere in einem schwächeren Wachstum des globalen Handels gelegen war.

In der gegenwärtigen Wachstumsphase bleiben die Zuwächse hinter dem Wachstum der Jahre 2013/19 weiter zurück, um bis zu einem halben Prozentpunkt pro Jahr. Einerseits ist dies kein dramatischer Rückfall, insbesondere unter Beachtung des statistischen Basiseffekts: Das absolute Wachstum der (realen) Wirtschaftsleistung im Jahr 2025 (bei einer prognostizierten Wachstumsrate von 3,0 %) ist höher, als das absoluten Wachstum der (realen) Wirtschaftsleistung im Jahr 2015 war, trotz der damals höheren Wachstumsrate (von 3,5 %). Andererseits stellt jeder Zehntelprozentpunkt an geringerem Wirtschaftswachstum insbesondere die Politik vor immense Schwierigkeiten (vor allem auch hinsichtlich der Budgetpolitik), umso mehr, wenn diese Zehntelprozentpunkte über einen ganzen Konjunkturzyklus kumulieren.

Neuerlich ist es der globale Handel, der das weltweite Wirtschaftswachstum dämpft: Die Erfahrung gestörter Lieferketten hat seitens der Unternehmen zu einer risikoorientierten Neubewertung der globalen Arbeitsteilung geführt, zudem haben politische Spannungen zu einer gewissen Blockbildung im internationalen Handel („friendshoring") beigetragen. Der überraschende Bruch mit der 80jährigen Erfolgsgeschichte des Freihandels durch Zollerhöhungen seitens der aktuellen US-Regierung ist die dritte große Belastung für den globalen Handel und erschwert damit das Lukrieren von Wohlfahrtsgewinnen durch verfeinerte internationale Arbeitsteilung.

In den letzten Monaten sind die Prognoseinstitute gar nicht mehr nachgekommen bei der ständigen Neubewertung der Auswirkungen der Handels- beziehungsweise Zollkonflikte, da sich der „Stand der Dinge" laufend verändert hat. Die realen Zahlen des ersten Halbjahres zeigen nun letztlich eine bedeutende Zunahme des internationalen Warenhandels, da zahlreiche Unternehmen sich öffnende Fester infolge aufgeschobener Zollregelungen für vorgezogene Transaktionen genutzt haben. Für das Gesamtjahr rechnet die Welthandelsorganisation folglich für einen Anstieg des Warenhandels von 2024 auf 2025 von 0,9 %, eine doch erhebliche Revision gegenüber der vor drei Monaten noch erwarteten Schrumpfung des Handelsvolumens. Die (noch) günstige Handelsentwicklung im ersten Halbjahr ist auch Hauptgrund für eine leichte Festigung der globalen Wachstumsprognosen für 2025 und 2026 auf jeweils rund drei Prozent.

Die vergangenen Monate haben vor allem die Bestätigung gebracht, dass die Stellung Europas im globalen Wirtschaftsgefüge recht schwach geworden ist. Eine handelspolitische Auseinandersetzung mit den USA wolle die Europäische Union nicht riskieren, da die Verbündeten gefehlt haben: Eine lange Reihe von nicht-tarifarischen Handelshemmnissen – zuletzt das Lieferkettengesetz – hat Europa für die meisten Länder nicht gerade zum glaubwürdigen Anwalt eines möglichst freien Welthandels gemacht. Auf den ersten Blick wirken die

Foto: ACR/schewig-fotodesign

USA wie ein Sieger, wobei die Einführzölle (gegenüber den meisten Ländern von 15 %) die weniger bedeutende Komponente darstellen, als die weitgehende Zollfreiheit für Exporte aus den USA. In Verbindung mit einer relativ niedrigen Inflationsrate (und damit gegebenen Chancen auf Zinssenkungen) sowie weltpolitischen Entspannungssignalen hat sich aus dieser Gemengelage heraus ein überaus günstiges Börsenklima ergeben. Angesichts einer erwarteten Wachstumsabschwächung, der wohl doch anhaltend unsicheren politischen Lage und vor allem der im weiteren Jahresverlauf beginnenden Überwälzung der Einfuhrzölle auf die Preise in den USA erscheint die Basis dieser Kursentwicklung eher instabil.

Einen stabilisierenden Einfluss auf die globale Konjunktur haben die Emerging Markets, die insgesamt relativ gleichförmig um weiterhin real rund vier Prozent pro Jahr wachsen, mit dem langjährig bereits gewohnten Wachstumsschwerpunkt in Süd- und Ostasien. Insbesondere für Indien zeigen die volkswirtschaftlichen Frühindikatoren ein Anhalten der günstigen Konjunkturlage. Der sogenannte „Süd-Süd-Handel" (insbesondere auch zwischen den BRICS-Staaten) entwickelt sich klar dynamischer als der Handel mit den „alten" Industrieländern. Unter den größeren Emerging Markets weist nur Mexiko eine ausgesprochen schwache Wirtschaftsentwicklung auf, was maßgeblich auf die Zollpolitik der USA zurückzuführen ist.

Eine lang anhaltende Investitionsschwäche der Wirtschaft – insbesondere der Industrie, als wichtigster Träger der Investitionen – ist Zeichen eines strukturellen Problems. Ein solches kann durch verstärkte öffentliche Investitionstätigkeit nur vorübergehend verdeckt, nicht aber behoben werden. Die Europäische Union, die noch vor gut zehn Jahren ein eigenes Industrieziel beschlossen hat – unter dem Eindruck, dass Staaten mit einem hohen Anteil an industrieller Wertschöpfung konjunkturstabiler und sozial homogener sind -, findet gegenwärtig keine tragfähige Linie, wie man industrielle Tätigkeit in Europa langfristig absichern kann, insbesondere wie aus Europa heraus Industrieexporte auch künftig möglich sein sollen. Entsprechend

sind EU-Mitgliedsländer mit hoher industrieller Wertschöpfung und einem hohen Anteil an Warenexporten (wie Deutschland oder Österreich) in einer gegenwärtig besonders schwierigen Situation. Eine nachhaltige Wiederbelebung der unternehmerischen Investitionen in Europa ist ohne entsprechende industrielle Perspektive wohl nicht möglich.

Angesichts einer relativ stabilen Lage am Arbeitsmarkt und einer positiven Einkommensentwicklung war die private Konsumnachfrage ein stabilisierendes Element der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Europa. Diese Säule ist in jüngster Zeit ein wenig ins Schwanken geraten, das im Business and Consumer Survey der Europäischen Union erhobene Konsumentenvertrauen ist in den letzten Monaten deutlich unter den langjährigen Durchschnitt gefallen. Die Einschätzung der europäischen Industrie bleibt unter dem langjährigen Durchschnitt, besonders deutlich in Deutschland und Österreich sowie – nach einer deutlichen Eintrübung im Sommer – im ebenfalls exportorientierten Schweden. Bemerkenswert ist, dass sich in einer Position ein Trend zur Verschlechterung zeigt, nämlich bei den Beschäftigungserwartungen: Dies deutet auf ein Anhalten der Schwächephase hin.

Die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (unter rund 420 Unternehmen mit mehr als 280.000 Beschäftigten) bestätigt nicht nur die generell schwache Einschätzung der Wirtschaftslage der Industrie, sondern auch die Erwartung weiterer Beschäftigungsrückgänge.

F&E in der Industrie: Wachstum, Wirkung, Wettbewerbsfähigkeit

Mehr als sechs Milliarden Euro für F&E: Wie die Industrie Österreichs Zukunft gestaltet

Mag. Andreas Mörk

Mag. Andreas Mörk

Industrieunternehmen sind das Herzstück der österreichischen Forschungslandschaft. Keine andere Sparte der gewerblichen Wirtschaft investiert so umfassend in Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E). Das bestätigen die aktuellen Zahlen der F&E-Vollerhebung der Statistik Austria für das Jahr 2023: Mit mehr als 6 Mrd. Euro an F&E-Ausgaben und rund 35.000 Vollzeitäquivalenten setzt die Industrie starke Impulse für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Standortentwicklung.

62 % der F&E-Ausgaben und 57 % der F&E-Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft kommen aus der Industrie

Die Industrie ist das Zugpferd der gewerblichen Forschung in Österreich: 62 % der gesamten F&E-Ausgaben stammen aus den heimischen Industrieunternehmen. Von den rund 10 Mrd. Euro, die die sieben Sparten der gewerblichen Wirtschaft im Jahr 2023 in Forschung und Entwicklung investierten, entfielen allein 6,2 Mrd. Euro auf 716 industrielle F&E-Einheiten. Auch beim Personal liegt die Industrie klar vorne: 57 % der F&E-Beschäftigten arbeiten in der Sparte Industrie. Seit der letzten Erhebung 2021 ist die Bedeutung weiter gestiegen – damals lagen die Ausgaben noch bei 5,3 Mrd. Euro. Die Zahl der Vollzeitäquivalente (VZÄ) erhöhte sich auf knapp 35.000. Mit ihrer Expertise sorgen sie für den nötigen Forschungsoutput – keine andere Sparte verzeichnete einen vergleichbaren Zuwachs an Ausgaben und Personal.

Den Löwenanteil der industriellen F&E stemmen vier Fachverbände: die Metalltechnische Industrie, die Elektro- und Elektronikindustrie, die Fahrzeugindustrie sowie die Chemische Industrie. Gemeinsam verantworten sie 91 % der gesamten F&E-Ausgaben der Industrie. Besonders dynamisch entwickelte sich die Elektro- und Elektronikindustrie, deren Ausgaben zwischen 2021 und 2023 am stärksten stiegen. Auch die Fahrzeugindustrie verzeichnete ein kräftiges Plus, während die Chemische Industrie moderat zulegte. Einzig die Metalltechnische Industrie musste in diesem Zeitraum ein Minus hinnehmen.

Im Jahr 2023 war die Industrie der größte Arbeitgeber im Bereich Forschung und Entwicklung innerhalb der gewerblichen Wirtschaft: Mehr als jeder zweite F&E-Beschäftigte arbeitete in einer industriellen F&E-Einheit – über 32.000 davon allein in den vier forschungsstärksten Fachverbänden. Besonders deutlich zeigt sich der Zuwachs an Vollzeitäquivalenten (VZÄ) in der Elektro- und Elektronik-industrie. Auch die Fahrzeugindustrie und Chemische Industrie konnten ihre F&E-Personalstände zwischen 2021 und 2023 ausbauen, während die Metalltechnische Industrie einen Rückgang hinnehmen musste.Die industrielle Forschung setzt auf Expertise: 55 % der F&E-Beschäftigten sind Wissenschaftler:innen oder Ingenieur:innen, weitere 37 % zählen zum höher qualifizierten nichtwissenschaftlichen Personal – darunter Maturant:innen, Techniker:innen und Laborant:innen. In der Elektro- und Elektronikindustrie liegt der Anteil an wissenschaftlichem Personal sogar bei 67 %, während die Fahrzeugindustrie mit 59 % besonders viele hochqualifizierte Fachkräfte nichtwissenschaftlich beschäftigt.

Industrieunternehmen finanzieren F&E größtenteils selbst

Im Jahr 2023 stemmten Industrieunternehmen rund drei Viertel ihrer Ausgaben für Forschung und

Entwicklung aus eigenen Mitteln. 64 % entfielen auf Eigenmittel – inklusive FFG-Darlehen –, weitere 10 % auf die Forschungsprämie und etwa 1 % auf Beiträge inländischer (verbundener) Unternehmen. Der öffentliche Sektor spielt mit mehr als 2 % bei der Finanzierung eine eher untergeordnete Rolle (z.B. FFG-Zuschüsse) ebenso wie die EU. Weder der gemeinnützige private Sektor noch der Hochschulbereich spielten bei der Finanzierung industrieller F&E eine Rolle.

Allerdings spielt das Ausland als Finanzierungsquelle für die Industrie eine bedeutende Rolle. Rund 22 % der F&E-Ausgaben wurden von ausländischen (verbundenen) Unternehmen finanziert. Diese internationale Vernetzung ist besonders für die vier forschungsstärksten Fachverbände der Industrie von zentraler Bedeutung.

Industrielle Forschung braucht eine stabile Finanzierung und politische Rückendeckung

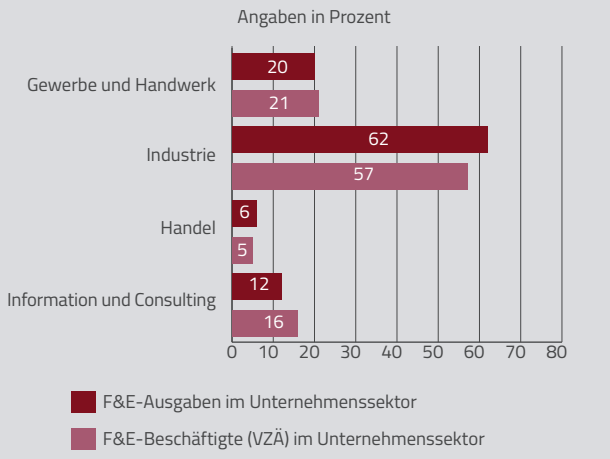
Forschung und Entwicklung sind zentrale Treiber für Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität – besonders in einem Hochlohnland wie Österreich. Damit Unternehmen ihre Innovationskraft entfalten und den Produktionsstandort sichern können, braucht es kontinuierlich steigende Investitionen in F&E. Studien zeigen: Die Projektkosten steigen, die Anforderungen werden komplexer – und die Wirkung ist enorm. Keine andere Sparte erzielt mit einem Fördereuro so viel zusätzlichen Umsatz wie die Industrie. Laut KMU Forschung Austria generiert ein Fördereuro in der Industrie durchschnittlich 19 Euro Umsatz – mehr als doppelt so viel wie im gesamtwirtschaftlichen Schnitt. Die angewandte Forschung in der Industrie liefert entscheidende Impulse für marktfähige Produkte und Dienstleistungen. Dabei sind F&E und FTI – Forschung, Technologie und Innovation – eng miteinander verknüpft. FTI geht über die reine Forschung hinaus und umfasst auch die Anwendung neuer Technologien und Innovationsprozesse. Beide Bereiche schaffen die Grundlagen für neues Wissen und technologische Fortschritte, die Österreichs Wettbewerbsfähigkeit stärken. Nur mit klaren politischen Prioritäten und verlässlichen Rahmenbedingungen kann die Industrie ihre Rolle als FTI-Motor voll entfalten.

F&E-Ausgaben und F&E-Beschäftigung in der Industrie, 2023

2023	F&E-Ausgaben in Mio. EUR	F&E-Beschäftigte (VZÄ)
Bergwerke und Stahl	124	415
Mineralölindustrie	70	114
Stein- und keramische Industrie	42	309
Glasindustrie	31	265
Chemische Industrie	716	3 640
Papierindustrie	34	99
Propak Produkte aus Papier und Karton	8	93
Bauindustrie	50	173
Holzindustrie	40	323
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	34	272
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- & Lederind.	28	270
Gas- und Wärmeversorgungsuntern.	6	20
NE-Metallindustrie	79	374
Metalltechnische Industrie	1 712	10 257
Fahrzeugindustrie	910	4 532
Elektro- und Elektronikindustrie	2 292	13 728
Industrie	6 174	34 883

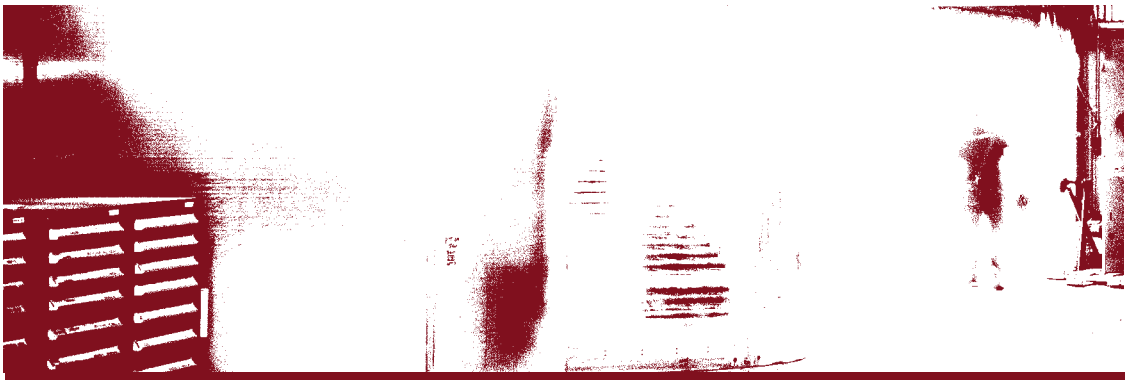
Quelle: Statistik Austria (2025), Sonderauswertung der Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung 2023 in Kammersystematik

Anteile der Industrie an den F&E-Ausgaben und der F&E-Beschäftigung der gewerblichen Wirtschaft, 2023



Anm.: VZÄ=Vollzeitäquivalent. Kooperativer Bereich und firmeneigener Bereich. Ohne sonstige nicht der Wirtschaftskammer angehörenden Einheiten. Keine Visualisierung von Spartenanteilen < 5 %.
Quelle: Statistik Austria (2025), Sonderauswertung der Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung 2023 in Kammersystematik

Branchenübersicht



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte[1]		Auftrags-eingänge
Einschätzung 3. Quartal 2025	1.Q25/1.Q24 in Prozent	Einschätzung 3.Q25/3.Q24	1.Q25/1.Q24 in Prozent	Einschätzung 3.Q25/3.Q24	Einschätzung 3.Q25/3.Q24
Bergwerke und Stahl	-10,6	⇩	-0,1	⇔	⇩
Stein- und keramische Industrie	1,2	⇔	-4,7	⇔	⇔
Glasindustrie	-6,7	⇔	-3,8	⇔	⇔
Chemische Industrie	13,2	⇔	1,4	⇔	⇔
Papierindustrie	9,8	⇩	2,1	⇩	⇩
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-11,8	⇔	-1,3	⇔	⇔
Bauindustrie	-1,9	⇔	4,5	⇔	⇧
Holzindustrie	7,8	⇔	-3,2	⇔	⇔
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	3,4	⇔	1,6	⇔	⇔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-5,0	⇔	-11,3	⇩	⇔
NE-Metallindustrie	20,7	⇔	-3,0	⇔	⇔
Metalltechnische Industrie	-0,3	⇩	-3,8	⇩	⇩
Fahrzeugindustrie	-12,2	⇩	-10,9	⇩	⇩
Elektro- und Elektronikindustrie	-3,4	⇩	-4,8	⇩	⇧
Industrie gesamt	**-0,2**	⇩	**-2,7**	⇩	⇔

Anm.: Vorläufige Daten; [1] Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.); Im Quartalsvergleich der abgesetzten Produktion spiegeln sich Preiseffekte wider.
Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik

Gesamtindustrie

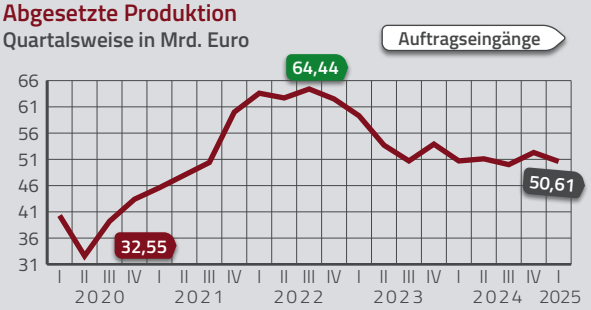
Nach mehreren herausfordernden Quartalen bleibt die Lage in vielen Fachverbänden der Industrie auch im 3. Quartal 2025 angespannt. Vielerorts zeigt sich keine Besserung. Trotz der Hoffnung, dass der Tiefpunkt erreicht sein könnte, bleibt die Situation schwierig. Die Stimmung ist gedrückt und die Erwartungen bleiben gedämpft. Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung in der industriellen Produktion und bei der Beschäftigung, insbesondere in der Metalltechnischen Industrie, der Fahrzeugindustrie oder der Papierindustrie in den ersten drei Quartalen 2025. Zusätzlich zu diesen fallenden Tendenzen stagnieren die Erwartungen in weiten Teilen der Industrie, darunter die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die chemische Industrie, die PROPAK oder die Stein- und keramische Industrie. Es gleicht seit Monaten eher einer Seitwärtsbewegung auf niedrigem Niveau als einem energischen Wachstum. Von einer dynamischen Konjunkturbelebung fehlt jede Spur.

Bergbau und Stahl

Die Rezession in Österreich und Deutschland belastet die heimische Bergbau- und Stahlindustrie weiterhin. Zwar entwickeln sich einzelne Absatzmärkte stabiler, insgesamt bleiben die Erwartungen aber gedämpft. Hoffnung geben Infrastrukturprogramme in Deutschland und Investitionen in Europas Sicherheitsarchitektur, während US-Zollerhöhungen die Stimmung trüben. Aufgrund der anhaltend niedrigen Investitionstätigkeit in Europa verharrt die Nachfrage aus den Bereichen Maschinenbau und Bauindustrie nach wie vor auf geringem Niveau, auch die Nachfrage aus dem Energiebereich entwickelte sich rückläufig. Im Bereich Bahn und Bahninfrastruktur entwickelt sich die Nachfrage aufgrund des anhaltend hohen Bedarfs auf den europäischen Märkten weiterhin positiv. Auch die Nachfrage für Produkte für internationale Pipeline-Projekte zeigt einen positiven Trend. Den Erwartungen entsprechend entwickelt sich die Nachfrage im Bereich der Lagertechnik und der Luftfahrt. Die Konsumnachfrage ist in Österreich und Europa weiterhin verhalten, dennoch entwickelt sich die Nachfrage aus den Bereichen Haushaltsgeräte- und Konsumgüterindustrie auf niedrigem Niveau stabil. Im Bereich der Feuerfestindustrie ist die Nachfrage in fast allen Industriebereichen auf niedrigem Niveau. Auch für das kommende Quartal sind die Prognosen verhalten.

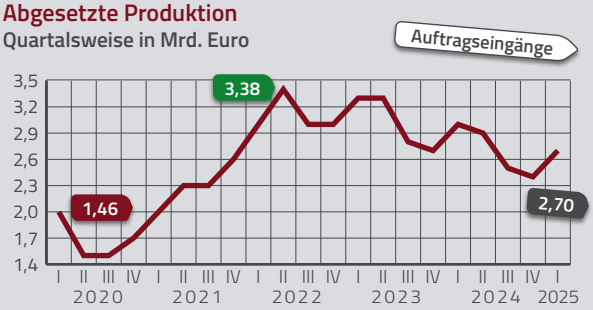
höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro

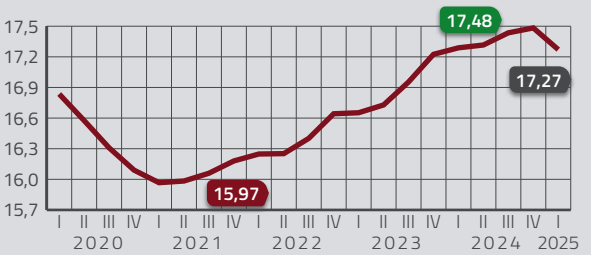


Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro

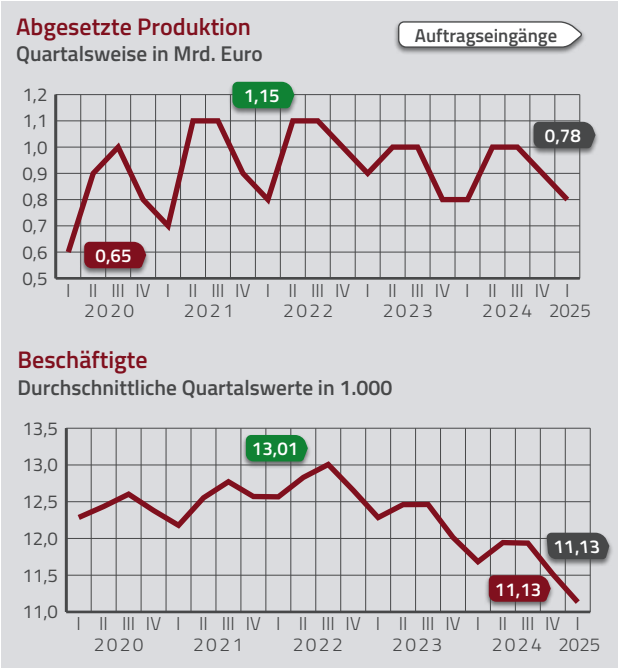


Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



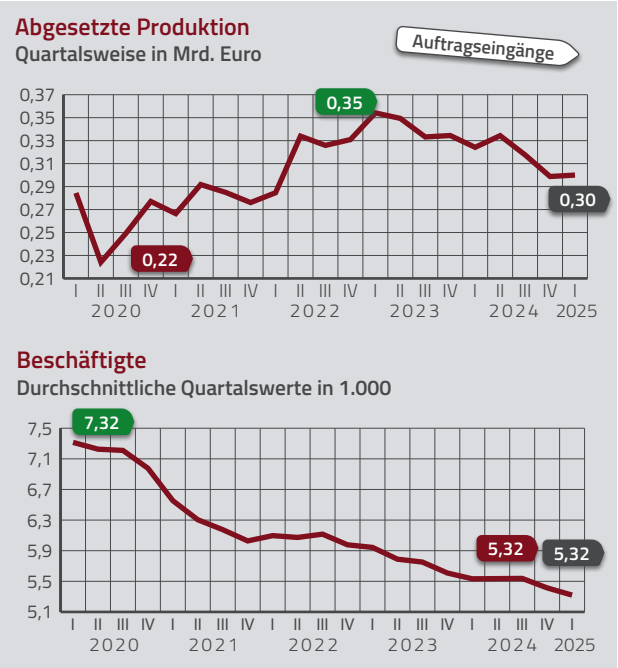
Stein- und keramische Industrie

Nach einem Plus im 1. Quartal stabilisierte sich die österreichische Baukonjunktur in den nachfolgenden Quartalen in etwa auf Vorjahresniveau. Positiv stimmt, dass der Rückgang der Kreditzinsen im Verlauf der nächsten Quartale Aufwärtstendenzen bei den Wohnbauinvestitionen erwarten lässt. Ein nachhaltiger Aufschwung ist allerdings kaum vor 2027 zu erwarten. Die Situation beim Export bleibt angespannt: neben der schleppenden Konjunkturentwicklung in Deutschland wird der Export von der US-Zollpolitik und der zunehmenden Konkurrenz Chinas gebremst. Der enorme Kostendruck auf die Unternehmen wirkt sich beim Preisniveau aus und verteuert das Bauen insgesamt. Ständig steigende Anforderungen an Gebäude verstärken die Teuerung. Die langanhaltende Konjunkturschwäche hinterlässt ihre Spuren; Stellenabbau und massive Reduktion offener Stellen sind die Folge. Angespannt ist die Situation noch immer bei der Investitionstätigkeit der Unternehmen. Das Licht am Ende des Tunnels scheint für dringend benötigte Investitionen noch nicht hell genug.



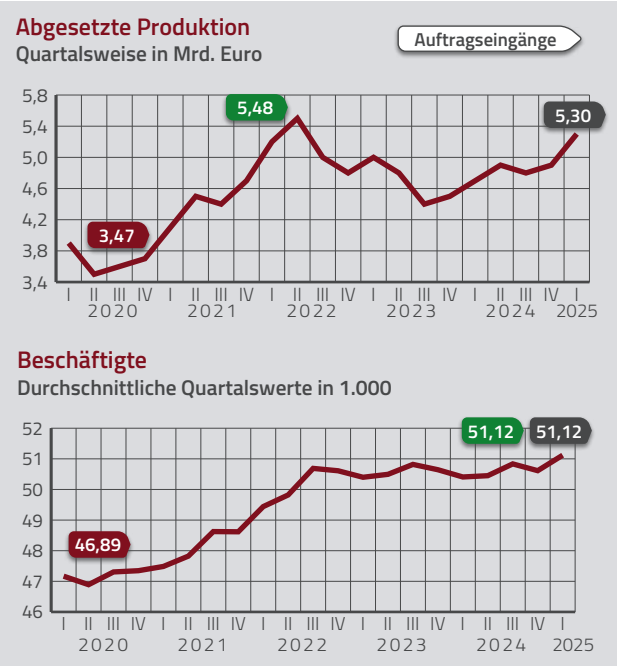
Glasindustrie

Die Stimmung in der glasbe- und-verarbeitenden Industrie hat sich zuletzt leicht aufgehellt, was auf eine verbesserte aktuelle Geschäftslage zurückzuführen ist. Eine nachhaltige Erholung im Bausektor ist aber weiter nicht in Sicht, das hohe Kostenniveau und geopolitische Unsicherheiten belasten die Produzenten. Die Erwartungen der Branche für die nächsten Monate sind zurückhaltend, mit der Entwicklung des Auftragsbestandes ist man derzeit noch unzufrieden. Viele heimische Betriebe bauen verstärkt auf den weiter wachsenden Sanierungsmarkt. Im Bereich Wirtschaftsglas ist die Zurückhaltung der Konsumenten weiterhin spürbar, der Nachfrage fehlt es nach wie vor an Dynamik. Insbesondere in den wichtigsten Exportmärkten fehlen Impulse für eine zumindest leichte Aufwärtstendenz. Auch die Schmuckbranche steht wirtschaftlich stark unter Druck. Auftragsvolumen können noch gehalten werden, aber der internationale Wettbewerb um Marktanteile bleibt intensiv. Die Verpackungsglasindustrie beurteilt die Auslastung im laufenden Quartal etwas positiver. Die Nachfrage und das Absatzvolumen haben sich in mehreren Segmenten stabilisiert, die Umsätze sind etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Deutliche Zuwächse erwartet die Branche auch weiter nicht, die Produktionspläne für die kommenden Monate fallen demnach verhalten aus.



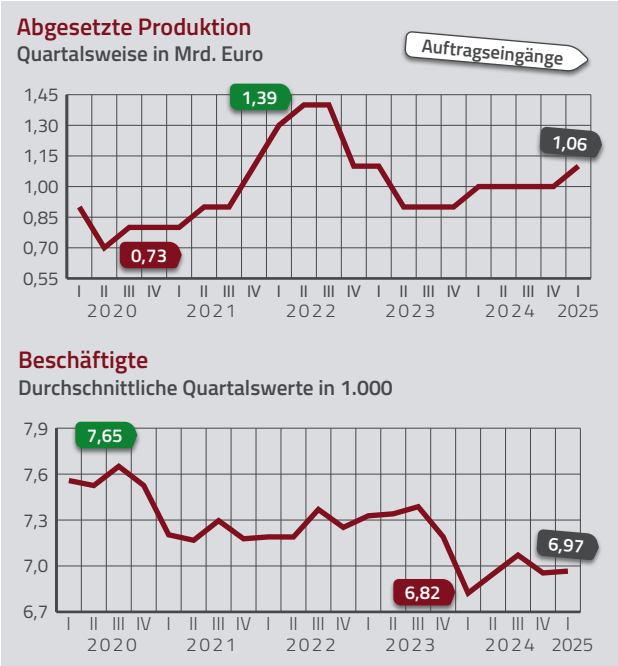
Chemische Industrie

Die chemische Industrie ist nach wie vor mit zahlreichen Unsicherheiten und schwierigen Perspektiven konfrontiert. Vor allem die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise und weitere stark gestiegene Kosten bringen enorme Unabwägbarkeiten und Wettbewerbsnachteile, die sich auch bei den Auftragseingängen zeigen. Die in Österreich über dem EU-Durchschnitt liegende Inflation und damit verbundenen Einkommenserhöhungen führen ebenfalls zu Nachteilen im Wettbewerb. Die USA-Zollproblematik verschärft diese herausfordernde Situation für die stark exportorientierte Branche weiter. Die Auftragseingänge sind weiterhin sehr verhalten und eine Trendwende ist nicht in Sicht. Entscheidend für die künftige Entwicklung ist die Frage, wie trotz globaler Krisen und knapper Budgets Investitionen in Zukunftstrends wie Green Deal-Anwendungen finanziert werden. Jetzt braucht es klare Weichenstellungen, damit die chemische Industrie ihre Innovationskraft einbringen kann – die Politik muss dafür die passenden Rahmenbedingungen schaffen. Ob der angekündigte Bürokratieabbau auf nationaler sowie v. a. EU-Ebene tatsächlich weitreichende Verbesserungen bringen wird, bleibt abzuwarten – zumal zahlreiche Umsetzungsrechtsakte insbesondere im Zuge des Green Deal noch ausständig sind.



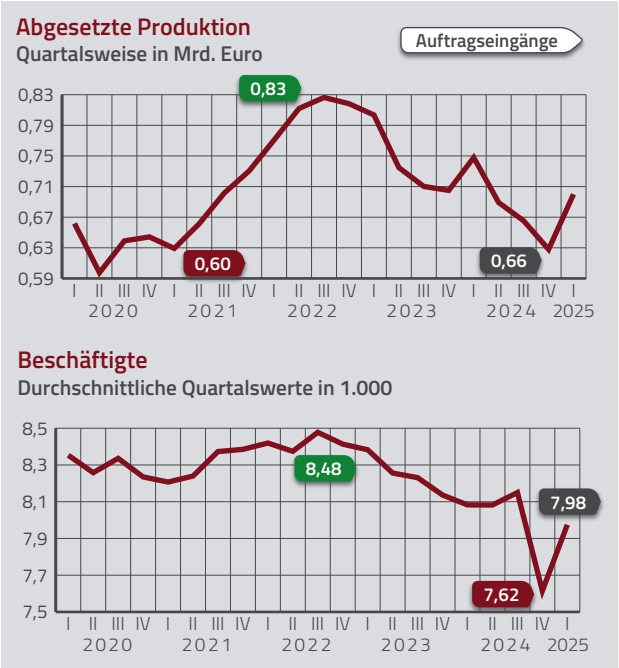
Papierindustrie

Trotz der seit 2023 anhaltenden Rezession stieg die Produktion 2024 auf 4,4 Millionen Tonnen (+13,6 % zum Vorjahr), blieb aber 12,5 Prozent unter dem Niveau von 2021. Ende 2024 setzte erneut ein Rückgang ein, der sich 2025 fortsetzte. Heuer sank der Output um sieben Prozent. Besonders der grafische Bereich verzeichnete mit minus 20 Prozent starke Verluste – bedingt durch schwache Nachfrage und Umstellungen von Maschinen auf Verpackungspapier. Dieser Bereich entwickelte sich besser (+2 %), dennoch wurde kürzlich eine Stilllegung angekündigt. Auch Spezial- und Hygienepapiere lagen mit minus fünf Prozent im Minus. Die Erlöse stagnieren seit über einem Jahr bei rund 900 Euro pro Tonne, während Kosten für Rohstoffe und Energie hoch bleiben. 2024 lag der Umsatz bei 4,6 Milliarden Euro, heuer wird er wieder sinken. Nach langer Stabilität sank die Beschäftigtenzahl 2025 um 250 auf 7.280 (–3 %). Das Investitionsklima ist verhalten, doch brachte die Branche in den letzten drei Jahren fast eine Milliarde Euro auf, vor allem für Energieeffizienz und CO_2-Reduktion. Ziel ist eine Senkung der Emissionen bis 2030 um 43,5 Prozent. Der Bioenergieanteil liegt bereits bei 69 Prozent, zahlreiche Werke stellten von Gas auf Biomasse um.



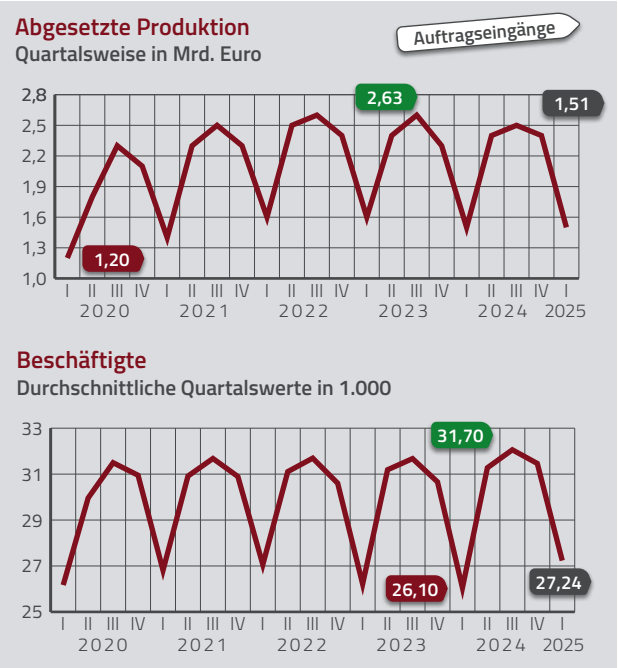
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die Entwicklung in der PROPAK Industrie zeigt sich nach wie vor verhalten. Die Auftragslage ist durchwachsen, die Preissituation geprägt von der schwierigen Wettbewerbssituation im Export, die in den letzten Jahren durch die massiv höhere Entwicklung der Arbeitskosten stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Hier bereitet die aktuelle Entwicklung der Inflation große Sorgen. Es wird unumgänglich sein, die sozialpartnerschaftliche Lohn-/Gehaltsfindung von der Entwicklung der rein nationalen Verbraucherpreise zu entkoppeln, wenn sich die österreichische Exportwirtschaft nicht aus ihren Märkten hinauspreisen will. Für die PROPAK Branche mit 80 Prozent Exportanteil bei durchschnittlich 25 Prozent Personaltangente liegt hier großes Bedrohungspotenzial. Es wird darauf ankommen, eine gute Balance zwischen fairen Einkommen für die Beschäftigten und leistbaren Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu finden. Weitere großen Herausforderungen sind die Energiepreise und die zunehmende Unsicherheit bei den Kunden mit Blick auf die amerikanische Zollpolitik. Trotzdem erwarten die Unternehmen in Summe ein ausgeglichenes Jahr 2025.



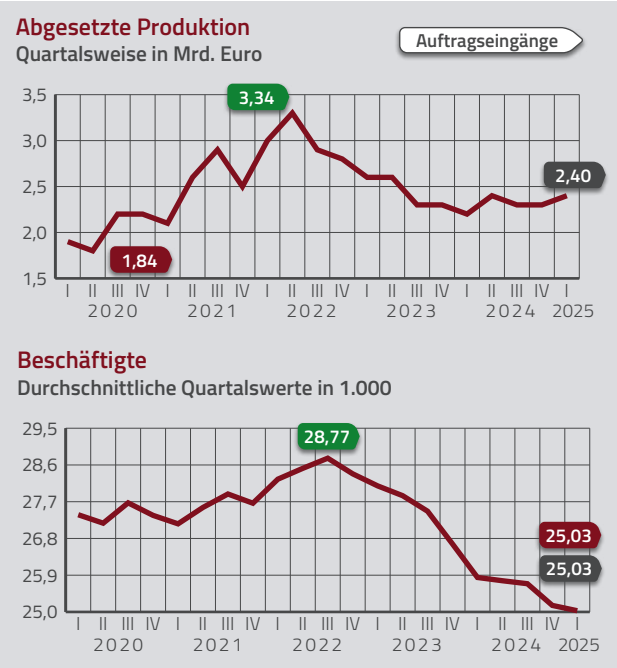
Bauindustrie

Während die Tiefbauproduktion, die in den vergangenen Jahren die Bauwirtschaft gestützt hat, insbesondere infolge der aktuellen Sparzwänge in öffentlichen Budgets, rückläufig ist, erholt sich der Hochbau derzeit wieder langsam. Im Zuge mehrmaliger Absenkungen der Leitzinsen und nach leichter Lockerung der Finanzierungskonditionen, steigt die Kreditnachfrage für Wohnbauinvestitionen wieder leicht an. Aus dem staatlichen Wohnbaupaket werden ab dem 3. Quartal nun ebenfalls Impulse erwartet. Prognosen der Nationalbank lassen allerdings erst 2026 einen Anstieg der Wohnbauinvestitionen jedoch um ein Prozent erwarten. Insgesamt ist damit derzeit noch nicht von einer nachhaltigen Erholung der Baukonjunktur auszugehen. Die Bewertungen der österreichischen Bauunternehmen haben sich im 3. Quartal jedoch weiter verbessert. Laut WIFO-Konjunkturtest sanken die Nennungen zum Mangel an Aufträgen als Produktionshemmnis von 30 auf 26 Prozent. Angesichts der langsamen Erholung der Auftragslage steigen, laut Konjunkturtest, auch die unternehmerischen Erwartungen zur Entwicklung der Baupreise wieder leicht an. Im Bereich der Herstellkosten gibt es allerdings auch im August noch keine spürbare Entspannung.



Holzindustrie

Die österreichische Holzindustrie sieht sich derzeit mit spürbaren Herausforderungen konfrontiert. Viele Betriebe berichten von leicht rückläufigen Aufträgen und sinkenden Erträgen. In einzelnen Segmenten blieb die Produktion während der Sommermonate auf dem gewohnt niedrigen Niveau und war nicht ausgelastet. Auch die Exporte entwickeln sich schwach: In den europäischen Kernmärkten, insbesondere in Mitteleuropa, stagniert die Nachfrage. Der internationale Wettbewerb verschärft sich, da heimische Unternehmen mit strukturell höheren Kosten belastet sind. Teilweise gelingt eine Positionierung in höherpreisigen Segmenten, oft sind jedoch Rationalisierungen notwendig. Gestiegene Energie-, Rohstoff- und Personalkosten erschweren die Erzielung wettbewerbsfähiger Deckungsbeiträge. Die Beschäftigtenzahlen sind überwiegend stabil, Fachkräfte sollen gehalten werden; auch die Zahl der Lehranfänger bleibt nahezu unverändert. Die Investitionsbereitschaft ist jedoch angesichts rückläufiger Aufträge sehr gering. Unsicherheiten durch angekündigte US-Zölle und weiter steigende Kosten prägen das Umfeld. Hoffnung geben mögliche Wirtschaftsimpulse in Deutschland, eine Strompreiskompensation sowie ein spürbarer Bürokratieabbau.



Nahrungs- und Genussmittelindustrie

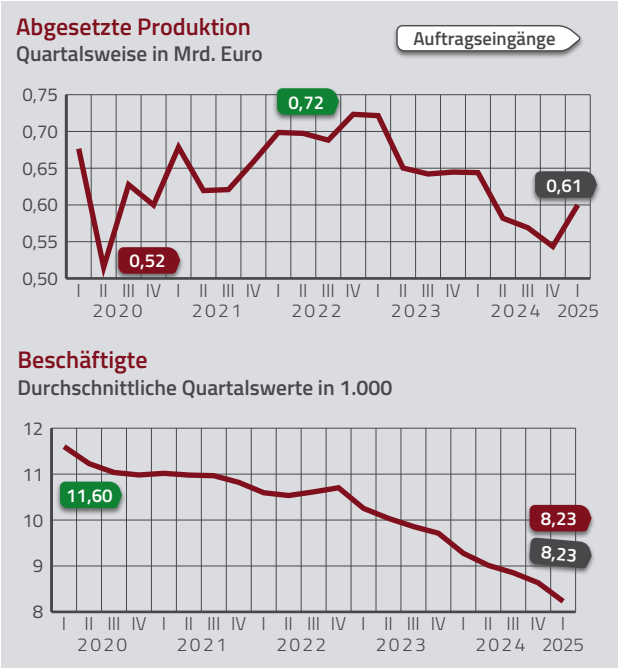
Der Inlandsmarkt bleibt durch die hohe Handelskonzentration angespannt und lässt vielen Betrieben kaum wirtschaftlichen Spielraum. Hinzu kommen hohe Kosten für Energie und klimabedingt für bestimmte Rohstoffe. Extreme Wetterlagen und die weltweit steigende Nachfrage haben die Preise für Kakao, Olivenöl, Orangensaft, Kaffee oder Gewürze massiv steigen lassen. Obstverarbeiter melden zudem erhebliche Ernteeinbußen bei wichtigen Sorten infolge des Klimawandels. Die österreichische Lebensmittelindustrie, eine der größten Branchen des Landes, steckt dadurch in wirtschaftlicher Stagnation – eine Besserung ist auch im 3. Quartal 2025 nicht in Sicht. Der Kostendruck betrifft sowohl den Inlands- als auch den Exportmarkt. Im internationalen Wettbewerb geraten heimische Produzenten zunehmend ins Hintertreffen, da Konkurrenten günstiger anbieten können. Zwar stiegen die Exporte 2024 nach Menge und Wert, dennoch verliert die Branche weiter an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Ursachen sind vor allem hohe Arbeits- und Energiekosten am Standort Österreich sowie deutliche Verteuerungen bei importierten Rohstoffen und Halbfabrikaten. Umso dringlicher ist es, die Wettbewerbsfähigkeit dieser versorgungs- und systemrelevanten Branche national wie international wieder zu stärken.

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Die Textilindustrie zeigt sich vorsichtig optimistisch und setzt auf einen Aufschwung im Jahr 2025. Im 1. Quartal gingen die Exporte noch um 5,7 Prozent zurück, während die Importe um 1,2 Prozent zunahmen. Laut WIFO-Bericht 7/2025 ist die Geschäftslage für eigene Produkte befriedigend; Produktion und Verkaufspreise bleiben stabil.

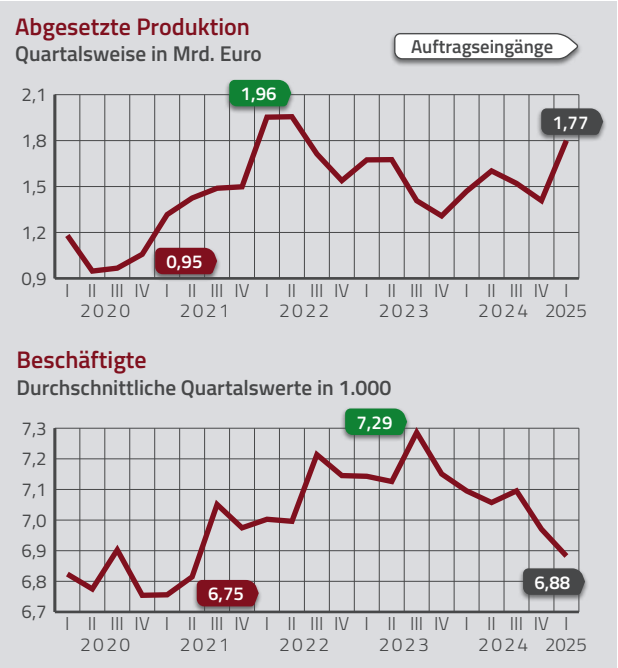
In der Bekleidungsindustrie verläuft die Ordersaison für Frühjahr/Sommer 2026 vielversprechend, bereits jetzt wird ein deutliches Plus verzeichnet. Die Produktion der Herbst-/Winterkollektion 2025/26 läuft, zeigt jedoch nur geringe Zuwächse gegenüber dem Vorjahr.

In den übrigen Segmenten sind leichte Steigerungen erkennbar, getragen vor allem vom privaten Konsum in Österreich, der im Gegensatz zu anderen EU-Ländern zufriedenstellend bleibt.



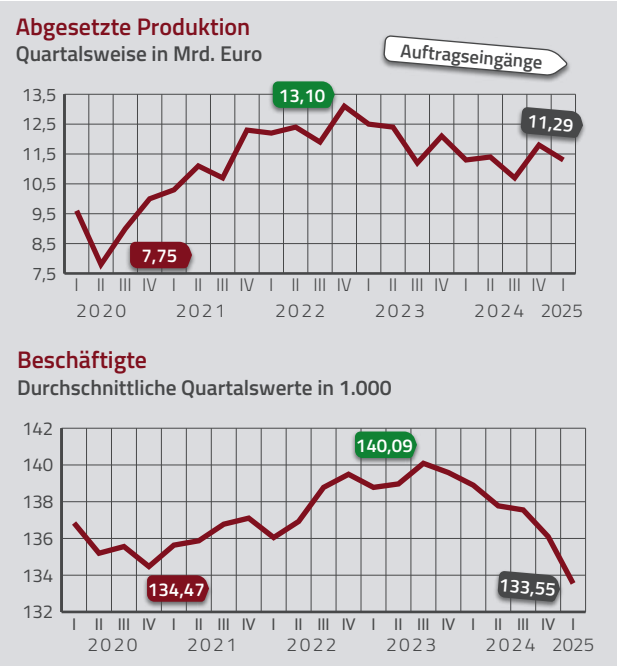
NE-Metallindustrie

Die österreichische NE-Metallindustrie leidet nach wie vor unter der anhaltend schwachen Konjunktur in Europa. Die in Deutschland angekündigten Investitionen in die Infrastruktur wirken zwar positiv auf die wirtschaftliche Stimmung, jedoch stellt die zunehmende Fragmentierung des Welthandels ein bedeutendes Risiko für die Wirtschaftsentwicklung dar. Dennoch entwickelte sich das Geschäft zuletzt besser als erwartet, doch die Unternehmensstimmung bleibt gedämpft. Gegenüber der europäischen und internationalen Konkurrenz sieht sich die österreichische NE-Metallindustrie nach wie vor erheblichen Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt. Hauptursachen dafür sind die im Vergleich stark gestiegenen Lohnkosten – insbesondere im Vergleich zu Deutschland –, hohe Energie- und Rohstoffpreise. Im Bereich der Luftfahrtindustrie entwickelten sich die abgesetzten Mengen zuletzt rückläufig. Der Automobilsektor bleibt weiter weit hinter den Erwartungen zurück. Im Bereich der Presswaren entwickelt sich die Nachfrage aus der Automobilindustrie ausgehend von ohnehin schon sehr niedrigen Erwartungen weiterhin sehr verhalten, aus dem Bereich Energie leicht positiv. Der nach wie vor anhaltende Trend zur E-Mobilität auf den Automobilmärkten und die zunehmende Automatisierung und Elektrifizierung bewirken eine höhere Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten.



Metalltechnische Industrie

Die metalltechnische Industrie hat im 2. Quartal lediglich stimmungsmäßig einen kleinen Schritt in Richtung Stabilisierung gemacht. Zwar rechnen die Unternehmen aktuell nicht mehr mit weiteren Rückgängen, doch angesichts der weiterhin niedrigen Auftragslage ist dies keine wirklich positive Nachricht. Die Auftragseingänge haben sich im Verlauf der ersten Monate 2025 zwar schrittweise verbessert, bewegen sich jedoch nach wie vor auf schwachem Niveau. Besonders deutlich zeigt sich die Belastung im Export: Im 1. Quartal sanken die Ausfuhren in die USA um 36 Prozent – einer der in den vergangenen Jahren dynamischsten Absatzmärkte verlor damit abrupt an Schwung. Die Phase vorgezogener Exporte in die USA scheint bereits vor der offiziellen Ankündigung der Einfuhrzölle zu Ende gegangen zu sein. Umso gravierender sind nun die Rückgänge und ihre Auswirkungen auf die ohnehin angespannte Situation der Branche. Mittelfristig zeigen sich die Unternehmen sogar pessimistischer als die Industrie insgesamt. Zwar gibt es derzeit vereinzelte Hinweise auf eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau, doch handfeste Anzeichen für einen nachhaltigen Aufwärtstrend fehlen. Der Beschäftigungsabbau, der Mitte 2024 einsetzte, setzt sich 2025 mit unveränderter Dynamik fort. Auch in den kommenden Monaten ist hier keine strukturelle Besserung zu erwarten.



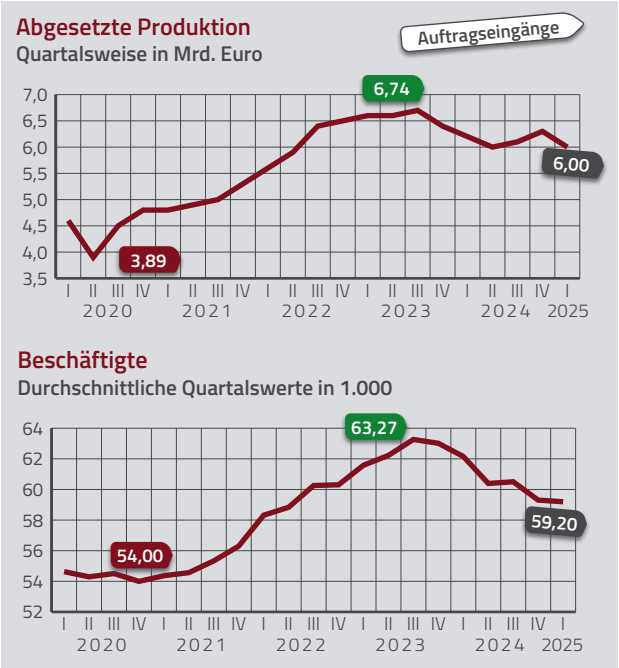
Fahrzeugindustrie

Bis auf wenige Ausnahmen ist der Beschäftigungsstand in der Fahrzeugindustrie weiter rückläufig. Fachkräftemangel und Effizienzsteigerung sind die vorherrschenden Themen im Personalbereich. Diese Entwicklung resultiert aus der sinkenden Zahl der Aufträge, die weniger planbar sind und ein hohes Maß an Flexibilität verlangen. Vereinzelt werden mittel- und langfristig positive Signale wahrgenommen. In der Produktion sind nur wenige Betriebe voll ausgelastet. Aufgrund der hohen Exportorientierung der Branche und den handelspolitischen Entwicklungen sieht man unsicheren Zeiten entgegen. Die Kostensituation hat sich zwar etwas beruhigt, gefährdet allerdings in vielen Fällen aufgrund des hohen Lohnniveaus die Konkurrenzfähigkeit des Standortes Österreich. Investitionsvorhaben werden derzeit bis auf wenige Ausnahmen aufgeschoben. Generell kann man sagen, dass sich alle Kennzahlen mit Ausnahme der Preise für Vorleistungen und der Investitionsneigung im Vergleich zum vorangegangenen Quartal verschlechtert haben. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres haben sich nur die Werte der Preisentwicklung der eigenen Produkte und der Investitionsneigung verschlechtert.

Elektro- und Elektronikindustrie

Die anhaltend schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkt sich weiterhin spürbar auf die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie aus. Im 3. Quartal 2025 zeigen sich jedoch erste leichte Anzeichen einer Erholung. Besonders die Auftragssituation scheint sich nach zwei Jahren rückläufiger Tendenzen langsam zu stabilisieren – auch wenn die positiven Effekte auf angrenzende wirtschaftliche Größen bislang noch verhalten ausfallen. Sowohl der Produktionswert als auch die Beschäftigtenzahlen verzeichnen weiterhin Rückgänge. Auffällig sind insbesondere Personalanpassungen von bis zu minus drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die jüngste Abschwächung dieses Rückgangs deutet jedoch darauf hin, dass eine Bodenbildung zunehmend wahrscheinlich wird.

Zugleich bleiben externe Unsicherheiten bestehen: Die unklare weltwirtschaftliche Lage sowie Unsicherheiten rund um US-Zölle erschweren eine rasche Entspannung und bergen Rückschlagsrisiken. Österreichische Standortfaktoren wie hohe Energiepreise, hohe Personalkosten und bürokratische Hürden verschärfen die Situation. Trotz leichter Verbesserung bleiben die Zukunftsaussichten der Unternehmen überwiegend gedämpft. Das Investitionsklima gilt weiterhin als herausfordernd.



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831
Unternehmensgegenstand: Wirtschaftsforschungsinstitut
Vorstand: Vorsitzender: Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler
Stellvertreter: Mag. Jochen Danninger, Mag. Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß, Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer
Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Mag. Stefan Ehrlich-Adám, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, Mag. Andreas Mörk FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider
Geschäftsführer: FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider
Blattlinie: Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum
Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at
Industriellenvereinigung, A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4 Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@ iv-net.at
Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4
Projektleitung & Redaktion: Stephan Scoppetta (Chefredakteur), Herta Scheidinger (Stv. Chefredakteurin) www.feuereifer.at
Design, Satz und Layout: Christian Huttar/Usecon
Coverbild: Studio Shroll for ASTRA
Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beigestellt.
Autoren: Mag. Sigi Menz, Mag. Andreas Mörk, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Sigrid Eckhardt, Mag. Michael Oliver, Helene Tuma
Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, A-2540 Bad Vöslau
Erscheinung: vierteljährlich
ISSN: 1023-8387